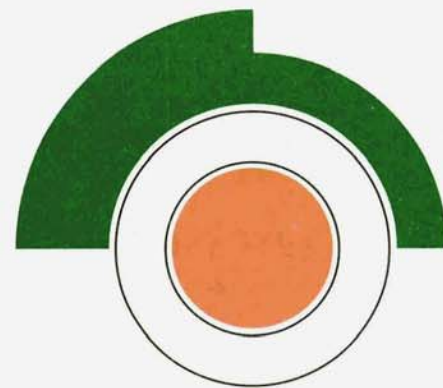


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 22



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 23. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 22. 12. 1992

## WORT UND WIDERWORT

### Was kann in den Schulen gegen den Rechtsradikalismus getan werden?

Wenngleich die Schulen kein Ausfallbürgen für alle Probleme und Defizite von Politik und Gesellschaft sein könnten, seien sie aber doch einer der öffentlichen Orte, an denen immer wieder Toleranz und die Achtung der Menschenrechte als zivilisatorische und politische Tugend erlernt und erfahren werden müßten. Es gelte auf den demokratischen Tugenden zu beharren, sie überzeugend zu vertreten und für sie zu werben. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Dr. Manfred Dammeyer**. Die CDU-Abgeordnete **Beatrix Philipp** betont, die „Emanzipatorische Erziehung“, die an den Schulen des Landes von Vertretern der 68er Generation vertreten und in manchen Richtlinien als grundlegendes Erziehungsziel definiert werde, verfehle den staatlichen Auftrag an die Schule. Hier helfe in den Schulen nur die Rückbesinnung auf eine wertkonservative Erziehungspolitik. Dabei müsse klar sein, daß die Schule die Erziehung der Eltern nicht ersetzen könne. Der F.D.P.-Abgeordnete **Andreas Reichel** bekräftigt, der allgemeine Werteverlust müsse endlich aufgefangen, die Vermittlung sogenannter Sekundärtugenden wie Höflichkeit und Fair play wieder in den Erziehungskatalog aufgenommen werden. Schule dürfe kein anonymer Lehrort sein, sie müsse dagegen Identifikation mit demokratischen Grundüberzeugungen ermöglichen und Geborgenheit vermitteln. Die Grünen-Abgeordnete **Brigitte Schumann** vertritt die Ansicht, Schule könne nicht allein gegen den rechtsradikal-rassistischen Kurs steuern. Trotz dieser Einschränkung bleibe es Aufgabe der Schule, mit ihrem in der Landesverfassung garantierten umfassenden Bildungs- und Erziehungsauftrag, der gesellschaftlichen und individuellen Gewalt entgegenzuwirken. Eine der Voraussetzungen sei, daß alle Schulen nach interkulturellen Gesichtspunkten arbeiteten. (Seite 2)

### Ersatzschulfinanzgesetz einstimmig geändert „Dem Entwurf kann man nur zustimmen“

In zweiter Lesung hat der Landtag Mitte Dezember einstimmig eine Änderung des Ersatzschulfinanzgesetzes beschlossen. Ihr lag ein Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 11/4555) zugrunde.

Für die SPD umriß Karl-Heinz Brülle die neuen Regelungen: Schließung einer „theoretischen“ Versorgungslücke bei Lehrern von aus Insolvenzgründen geschlossenen Ersatzschulen und Zinseinsparung in Millionenhöhe für den Landeshaushalt durch Umstellung des Zahlungsrhythmus der Zuschüsse: „Einem solchen Gesetzentwurf kann man nur zustimmen.“ Marie-Luise Woldering (CDU) unterstrich die Abstimmung des Gesetzentwurfs mit den freien Trägern und erteilte Zustimmung; der Gesetzentwurf sei richtig. Andreas Reichel (F.D.P.) machte keine Einwände gegen den Entwurf geltend; er setze die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts um, spare Geld beim Land und werde darüber hinaus bei den Trägern privater Schulen „beifällig“ aufgenommen. Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) stellte fest, der Entwurf greife bestehende Probleme für die Beschäftigten an Ersatzschulen auf; er ent-

halte keine Dinge, denen sich ihre Fraktion entgegenstellen müßte. Kultusminister Hans Schwier (SPD) dankte dem Parlament für die zügige Beratung, „die uns instand setzt, diese Gesetzesänderung zum 1. Januar 1993 in Kraft zu setzen“.



Getrübter Advent

Zeichnung: Frank Cerny (WAZ)

## Die Woche im Landtag

### Entschiedenheit

Der Landtag hat sich bei der dritten Lesung des Haushalts 1993 in aller Entschiedenheit gegen Rechtsradikalismus und Ausländerhaß ausgesprochen. (Seite 3)

### Gewaltmonopol

In einer „Demokratischen Offensive gegen Gewalt“ haben sich die Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. zum uneingeschränkten Gewaltmonopol des Staates bekannt. (Seite 6)

### Studienreform

Mit der Novellierung der Hochschulgesetze will die Landesregierung den Neueinstieg in die Studienreform vornehmen. (Seite 7)

### Gefahrenabwehr

Die CDU will das Polizeigesetz des Landes ändern, um polizeiliche Lauschangriffe zur Abwehr von Straftaten von erheblicher Bedeutung zu ermöglichen. (Seite 8)

### Verkehrslärm

Lärmgeplagte Anwohner einer verkehrsreichen Pflasterstraße wandten sich an den Petitionsausschuß als letzte Instanz. (Seite 19)

### Jahresrückblick

Der nordrhein-westfälische Landtag hat auch 1992 wieder ein umfangreiches Arbeitsprogramm bewältigt. Ein Jahresrückblick gibt über die parlamentarischen Stationen Auskunft. (Seite 20)

## WORT UND WIDERWORT

# Aggressionen wurzeln in gesellschaftlichen Bedingungen

Von  
Dr. Manfred Dammeyer

Rechtsextreme Aktivitäten und Gewalttaten junger Menschen legen natürlich die Frage nahe, wie diese jungen Menschen erzogen worden sind und welchen Anteil daran die Schulen haben.

Wenngleich die Schulen kein Ausfallbürgel für alle Probleme und Defizite von Politik und Gesellschaft sein können, sind sie aber doch einer der öffentlichen Orte, an denen immer wieder Toleranz und die Achtung der Menschenrechte als zivilisatorische und politische Tugend erlernt und erfahren werden muß. Toleranz, die Achtung der Würde und Freiheit des anderen als Bedingung auch für eigene Würde und Freiheit sind unverzichtbare Voraussetzungen und Elemente einer humanen Gesellschaft. Es gilt, auf den demokratischen Tugenden zu beharren, sie überzeugend zu vertreten und für sie zu werben. Sie machen den Kern unserer pluralistischen

### SPD: Aus unseren Schulen gibt es viele positive Beispiele

Gesellschaft und Kultur aus. Viele Schulen haben ja ganz offenbar auch entsprechend gewirkt: Anders ist die Beteiligung ganzer Klassen und vieler Schulen an den Demonstrationen gegen Ausländerhaß und Rechtsextremismus nicht zu erklären. Und dennoch wird man sich nicht nur mit diesen Erfolgen einer massenhaften demokratischen Orientierung zufrieden geben können, sondern auch die Mißerfolge, nämlich die Verbreitung rechtsextremer Auffassungen, das Zusammenfinden in rechtsextremen Organisationen und die Teilnahme an Gewaltakten sehr ernst zu nehmen haben. Da hilft die Besinnung auf die Politikrichtlinien, die Orientierung an einer umfassenden Friedenserziehung und vor allen Dingen auch, daß solch erziehende Orientierung nicht auf ein Fach beschränkt sein kann. So wie nicht der Schule allein eine Verantwortung aufgebürdet sein kann und wie wegschauende, klammheimliche und beifallklatschende Zustimmung von Erwachsenen gegenüber den Gewalttaten von Jugendlichen oder deren massenhafte Verbreitung in den Medien eine fragwürdige erzieherische Funktion haben, so ist auch das Verhalten von Lehrern in sog. unpolitischen Fächern für die Lernprozesse der Schüler mindestens so bedeutsam wie intentionale politische Bildung.

Von  
Beatrix Philipp

Es ist Aufgabe einer wertorientierten Erziehung in der Schule, Übereinstimmung in grundlegenden Werteinstellungen zu bewirken, die gemeinsamen gesellschaftlichen Idealen entsprechen, um ein Miteinander in einer demokratischen Gesellschaft zu ermöglichen.

Vor dem Hintergrund dieser Forderungen ist der sich ausbreitende Rechtsextremismus bei Schülerinnen und Schülern in erster Linie das Ergebnis einer gescheiterten Erziehungspolitik.

Die „Emanzipatorische Erziehung“, die an den Schulen unseres Landes von den Anhängern der 68er Generation ver-

### CDU: Rückbesinnung auf wertkonservative Erziehung nötig

treten wird und darüber hinaus in den nordrhein-westfälischen Richtlinien für den Politikunterricht wie auch in den Richtlinien für das Fach Geschichte/Politik, Lernbereich Gesellschaftslehre an den Hauptschulen als grundlegendes Erziehungsziel definiert wird, verfehlt den staatlichen Auftrag an die Schule.

Sie vernachlässigt die Aufgabe einer wertorientierten Erziehung und hinterläßt damit ein Vakuum, das Orientierungslosigkeit und Verunsicherung verursacht. Dies ist ein gefährlicher Nährboden für sektenhafte Heilslehren, für extreme Parteien oder Gruppen, für Okkultismus oder Jugendkulte, die vermeintlich geistige Orientierung und emotionale Sicherheit bieten.

Hier hilft in den Schulen nur die Rückbesinnung auf eine wertkonservative Erziehungspolitik. Dabei muß klar sein, daß die Schule die Erziehung der Eltern nicht ersetzen kann.

Von  
Andreas Reichel

Spätestens seit dem feigen Mord von Mölln ist ein Ruck durch unsere Schulen gegangen: Vielfältigste Initiativen gegen rechtsradikale Gewalttaten beweisen, daß das Geschichtsbewußtsein der jungen Generation wacher ist denn je. Und dennoch: Das Gewaltphänomen läßt sich nicht weg demonstrieren. Erst am vergangenen Wochenende fand die öffentliche Bekundung der Fußball-Bundesliga auf den Trikots „Mein Freund ist Ausländer“ in Dresden ein unrühmliches Ende, als die „Fans“ aufeinander losgingen, als hätten sie die Aufschrift nicht gelesen, geschweige denn verstanden. Mit Symbolhandlungen ist es also nicht getan.

Vielmehr sind gerade unsere Schulen gefordert, ihre Erziehungsarbeit zu prüfen und zu verändern, um Gewalt als Mittel der Konfliktlösung schon in den Anfängen zu verhindern.

### F.D.P.: Werteerziehung statt Orientierungslosigkeit

Die seit langem beobachtete Neigung junger Menschen zum Vandalismus hätte schon viel früher Alarmglocken schrillen lassen müssen, denn Gewalt gegen Sachen schlägt blitzschnell um in Gewalt gegen Personen. Gewalt darf nicht länger ein Tabuthema bleiben, sondern muß in all ihren Facetten in den Vordergrund der pädagogischen Diskussion rücken. Erziehung zu Anstand und Toleranz, zu Achtung vor den Mitmenschen und wechselseitiger Rücksichtnahme sind dabei von entscheidender Bedeutung. Der allgemeine Werteverlust muß endlich aufgefangen, die Vermittlung sogenannter Sekundärtugenden wie Höflichkeit und Fair-Play wieder in den Erziehungskatalog aufgenommen werden. Schule darf kein anonymer Lehrort sein, sie muß dagegen Identifikation mit demokratischen Grundüberzeugungen ermöglichen und Geborgenheit vermitteln. Der in NRW eingeschlagene Weg der Bildung größerer Klassen läuft diesen Notwendigkeiten diametral entgegen. Die Landesregierung ist aufgefordert, durch Vorrang für Investitionen in die Bildung Schule wieder zu einem Lebensraum zu machen, in dem das Gefühl der Sicherheit und des gegenseitigen Vertrauens vermittelt wird, das den Aufbau stabiler persönlicher Bezüge erlaubt und damit für den nötigen inneren Halt junger Menschen sorgt.

Von  
Brigitte Schumann

Gegen die einfachen Lösungen der Stammtische sei ausdrücklich festgestellt: Entstehungsort für diese Gewalt ist nicht die Schule. Die Aggressionen haben ihre Wurzeln in gesellschaftlichen Lebensbedingungen. Die Art und Weise, die Aggressionen gegen Ausländerinnen, Ausländer und andere Minderheiten auszuleben, hat gesellschaftliche Tradition. Die menschenverachtende Politik gegen Ausländerinnen, Ausländer und Flüchtlinge hat das sozialpsychologische Klima geschaffen, in dem vorzugsweise männliche Jugendliche sich aufgerufen fühlen, die Probleme mit dem „vollen Boot“ auf ihre Art selbst in die Hand zu nehmen. Die gesellschaftlichen Reaktionen aus dem Lager der „Zuschauer“ bestätigen sie.

Damit sollte klar sein: Schule kann nicht allein gegen den rechtsradikalen rassistischen Kurs steuern. Trotz dieser Einschränkung bleibt es Aufgabe der Schule, mit ihrem in der Landesverfassung garantierten umfassenden Bildungs- und Erziehungsauftrag der

### DIE GRÜNEN: Schule kann nicht allein gegensteuern

gesellschaftlichen und individuellen Gewalt entgegenzusteuern. Schulen sind aufgefordert, Erfahrungen und Einsichten über Bauch und Kopf zu vermitteln, die den Schülerinnen und Schülern Handlungsalternativen zu der aggressiven Selbstbehauptung und der Abwehr des Fremden aufzeigen und ermöglichen. Einige notwendige Voraussetzungen dafür sind:

- Alle Schulen richten sich auf Integration aus und vermeiden jede Selektion. Behinderte und nicht behinderte Schülerinnen und Schüler, Ausländerinnen und Ausländer und soziale Randgruppen lernen gemeinsam unter Berücksichtigung der individuellen Lernvoraussetzungen und des individuellen Förderbedarfs;
- alle Schulen werden überschaubare, wohnortnahe und soziale Lernorte, mit bedarfsgerechten, offenen schulischen Ganztagsangeboten;
- alle Schulen arbeiten nach interkulturellen Gesichtspunkten. Sie nutzen die Chancen, kulturelle Vielfalt, Differenz und Bereicherung erleben und reflektieren zu lassen durch gleichberechtigte Berücksichtigung der Kultur und Lebenswirklichkeit von ausländischen und deutschen Schülerinnen und Schülern;
- alle Schulen entwickeln sich zu demokratischen und weitestgehend autonomem Lernorten bei der Verwirklichung pädagogischer Schulprogramme.

## Landtag verabschiedet nach dritter Lesung 77,6-Milliarden-Haushalt für 1993

### Alle Fraktionen verurteilen mit Entschiedenheit Rechtsradikalismus und Ausländerhaß

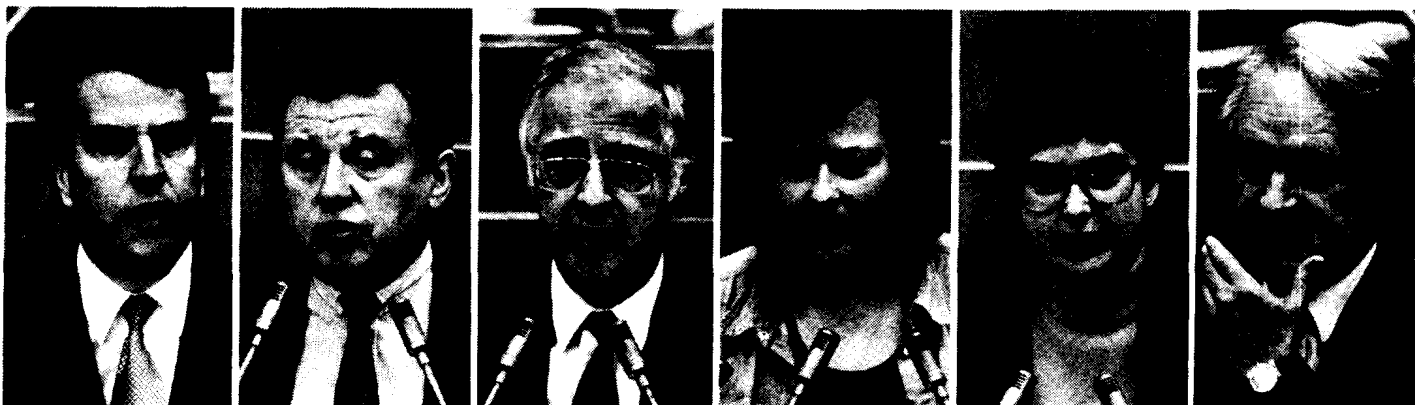
Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, eröffnete die Aussprache mit einer Zwischenbilanz über die Zunahme von Gewalt von rechts, die vor allem von Kindern und Jugendlichen eingesetzt werde: „Halbstarke ermorden Obdachlose.“ Zunehmend gelte das Faustrecht, auch an Schulen. Diffuser Frust treibe Schüler in eine rechte Antikultur. Immer wieder warnten Verfassungsschützer davor, daß sich Rechts- und Linksterroristen gegenseitig hochschaukelten. Auch links nehme die Gewaltbereitschaft zu. Die Strategie der Bagatellisierung von Strafdelikten, auch in NRW durch die SPD, habe zu Verlust von Recht und Ordnung sowie zur Verletzung des Rechtsbewußtseins geführt. Nicht nur Kriminelle, auch Jugendliche erlebten den demo-

Mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen CDU, F.D.P. und Grünen hat der Landtag am 16. Dezember 1992 den Landshaushalt 1993 nach dritter Lesung verabschiedet. Der Etat sieht Ausgaben in Höhe von 77,6 Milliarden Mark vor. Das sind 2,4 Milliarden Mark oder 3,3 Prozent mehr als in diesem Jahr. Die Neuverschuldung wird mit 4,3 Milliarden Mark dem Stand von 1992 entsprechen. Rund 40 Prozent der Haushaltsmittel fließen für Personal ab. Die dritte Lesung war weitgehend von einer Generaldebatte bestimmt, bei der die Themen Rechtsradikalismus und Ausländerhaß im Vordergrund standen. CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen forderte „Mut zum starken Staat“. SPD-Fraktionschef Professor Dr. Friedhelm Farthmann sah den „dunkelsten Abschnitt“ rechtsextremistischer Gewalt in Deutschland durchschritten. Für eine Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols setzte sich F.D.P.-Fraktionsvorsitzender Dr. Achim Rohde ein. Bärbel Höhn als Fraktionssprecherin der Grünen sah die Stimmung in der Bevölkerung nach dem Brandanschlag von Mölln als „umgekippt“ an. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) meinte, im Kampf gegen den Rechtsradikalismus sei jeder einzelne gefordert. Darüber hinaus nahmen die Fraktionssprecher, wie folgt, auch zu anderen Themenbereichen Stellung:

bereits vor dem Staatsbankrott. Farthmann forderte darum eine „vollständige Umkehrung“ der Steuer- und Finanzpolitik: Schnellste Wiedereinführung des Solidarzuschlags, Arbeitsmarktsgabe („verfassungskonform“) für Beamte und Selbständige, Verzicht auf Senkung der Unternehmenssteuer ab 1. Januar 1994 und Rücknahme des Steueränderungsgesetzes 1992. Die Politik

litischen Förderungsprogramme werde der Strukturwandel in den Kohlegebieten fortgesetzt.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, erklärte, die Regierung, die Mehrheitsfraktion, müsse endlich lernen, auf die Opposition zu hören. Mit dem Freund-Feind-Denken müsse es vorbei sein. „Wir alle müs-



Einig in der Ablehnung jeglicher rechtsradikaler Gewalt: v.l. Dr. Helmut Linssen (CDU), Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN), Carla Boulboullé (fraktionslos) und Ministerpräsident Johannes Rau (SPD).  
Fotos: Schüler

kratischen Staat als schwach und handlungsgehemmt. Die Gegenwart sei so kompliziert, daß mehr Konkordanz als Konflikt nötig sei. Wenn Strafe abschrecken solle, müßten auch empfindliche Strafen ausgesprochen werden. „Wir brauchen den Mut zum starken Staat“, sagte Linssen, „auch zu drakonischer Härte.“ Verfehlte Erziehungsziele habe auch die Grünen-Abgeordnete Beate Scheffler als Ursache ausgemacht. Demokratien seien für ihr Gedeihen auf zu Rechten und Pflichten erzogene Menschen angewiesen. Auch in schwierigen Zeiten werde eine familiäre Gesellschaft gebraucht, aber auch Lehrer, die Zugang zu den Köpfen und Herzen der Kinder fänden. Wenn wir Ausländern und sozial Schwachen Schutz und Sicherheit geben wollten, müßten alte Tugenden wiederbelebt werden.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), Fraktionsvorsitzender, ging mit Bundeskanzler und Bundesregierung scharf ins Gericht: Die Wiedervereinigung sei zwar ein politisches Meisterstück Kohls gewesen, „aber die Finanzierung der deutsch-deutschen Einigung gerät zum Fiasko“. Noch nie habe der Staat so viele Schulden wie heute gehabt, den Schuldenberg könnten selbst mehrere Generationen nicht abtragen. Der Präsident des Bundesrechnungshofs warne

müsse den Mut haben, den Bürgern zu sagen, daß es auf viele Jahre keine Wohlstandsmehrung mehr geben werde, „wir alle werden den Gürtel enger schnallen müssen“. Anders als Bonn sei NRW „durch eine solide und zukunftsorientierte Finanzpolitik für die vor uns liegenden Aufgaben gut gerüstet“. Hierzulande werde eine Politik des Strukturwandels ohne soziale Brüche betrieben. Die SPD habe den Landshaushalt 1993 unter zwei Fragestellungen beraten: „Was können wir uns in unserem Lande noch leisten und worauf kann unter gar keinen Umständen verzichtet werden?“ Voll im Plan sei man bei dem Ziel, bis 1995 insgesamt 125 000 neue Kindergartenplätze zu schaffen. Bis dahin würden jedes Jahr 27 000 neue Wohnungen vom Land gefördert. Im Bereich der Altenpolitik würden die gegebenen Zusagen ohne Abstriche eingehalten, mit der Konzentration der strukturel-

Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe, als Herausgeberin sowie die Redaktion wünschen allen Leserinnen und Lesern von „Landtag intern“ ein friedvolles Weihnachtsfest sowie ein glückliches Jahr 1993.

sen doch aus der Verhandlung des Asylthemas gelernt haben“, sagte Rohde. Die demokratischen Traditionsparteien hätten nicht aufeinander gehört, sie hätten das Thema hochgeschaukelt, jeder für sich die Türen für die Republikaner geöffnet. „Deswegen müssen wir alle sagen: Wir haben Fehler gemacht. Die einen haben provoziert, die anderen zu spät gehandelt.“ Der Fraktionschef machte deutlich, wenn die Parteien nicht frühzeitig aufeinander zugehen, gebe es keine vernünftigen Lösungen, nur noch fundamentale Rechthaberei, nur noch Glaubenskämpfe, bei denen alle verlorren. Und das Ergebnis sei dann: „Es wählen sich die Bürger die Rattenfänger, die ihnen schnelle Lösungen versprechen.“ Rohde fuhr fort: „Wenn die Fraktionen nicht aufeinander zugehen, disqualifizieren sie das Parlament zu einer Quasselbude.“ Es gehe hier um die Respektierung des Parlamentarismus. Rohde wandte sich dann der Position der SPD zu. Von den Sozialdemokraten werde in den nächsten Jahren vor allem in Bonn, aber auch in Düsseldorf verlangt, daß sie immer mehr liberale Positionen übernehmen müßten. Der Politiker sprach sich für Privatisierung aus. Privatisierung heiße aber vor allen Dingen, daß der Staat abspecke und sein Dienstleistungsangebot durch Privatisierungen verbessere.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN), Fraktions-sprecherin, zählte Armut, Wohnungsnot, Zukunftsangst, Fremdenfeindlichkeit auf, deren Ausmaß alle mit Abscheu erfülle. Sparen sei sinnvoll bei superteuren U-Bahnen, Neubauten von Straßen. Das Milliardengrab Atomreaktor Hamm-Uentrop verschlinge 1992 noch einmal 170 Millionen Mark. Umverteilung unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten sei nötig, statt der Wirtschaftsförderung von 1,6 Milliarden 1993 solle etwas für schwache Schultern getan werden. Statt Abbau von 6900 Stellen sollten besser Privilegien beseitigt werden. Der Unterschied beim Erziehungsgeld für Beamtinnen und Arbeiterinnen sei eine bodenlose Ungerechtigkeit. Heutiges Wirtschaften wirke sich zu Lasten unserer Kinder aus. Die Schäden müßten von diesen teuer bezahlt werden. Alltagsgeschädigte Bewohner des Ruhrgebiets müßten auf Entschädigung für das Wohnen auf verseuchten Böden verzichten. Die Emscher-Region solle mit Müllverbrennungsanlagen vollgeknallt, der ganze Müll in alte Stollen abgeschoben werden. Die von den Grünen vorgeschlagene Abwärmeabgabe könne für ein Fernwärmenetz verwendet werden. Hinter der CDU-Behauptung, linke Lehrer produzierten rechte Schüler, stecke Frust. Wie ihre Söhne seien viele Jugendliche weder rechts noch links, sondern Demokraten. Stellen im Schulbereich zu streichen, sei jetzt das falsche Signal.

**Carla Boulboullé** (fraktionslos) meinte, unter dem Gesichtspunkt angeblicher Kostenersparnis drängten die Bonner Regierung und CDU und F.D.P. hier im Landtag zu weitgehender Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Nach der Privatisierung entscheide nicht mehr der gesellschaftliche Auftrag, sondern Renditeinteressen privater Investoren. Es sei das Ziel der Privatwirtschaft, der Klientel von CDU und F.D.P., die Kosten für gesellschaftliche Aufgaben massiv zurückzudrängen und gesetzliche Verpflichtungen zu sozialen Leistungen abzubauen.



Im Stadtmuseum Düsseldorf hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe gemeinsam mit dem Ältestenrat, dem Präsidium und den Vorständen der Fraktionen die Landespressekonferenz zum Jahresempfang begrüßt. Die Präsidentin sagte zur Arbeitsbilanz des Landtags, wenn sie davon ausgehe, daß dem Landtag drei wesentliche Funktionen zukämen, die Gesetzgebungskompetenz, die Regierungskontrolle und die Wahrung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger sowie die Thematisierung der den Bürgern auf den Nägeln brennenden Probleme und Anliegen, so habe dies durchaus seinen Niederschlag in der geleisteten Arbeit im Jahr 1992 gefunden (siehe Seite 20). Die Präsidentin betonte indessen auch, die Arbeit würde gewissermaßen im luftleeren Raum stattfinden, „wenn wir nicht die Begleitung durch die Presse hätten“. Das Bild zeigt v.l. Frau Friebe, den F.D.P.-Abgeordneten Hagen Tschoeltsch sowie die Journalisten Wilfried Goebels (Westfalenpost), Dr. Karl-Martin Obermeier (Radio NRW) und Jochen Juretko (Westfälische Nachrichten). Foto: Schüler

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) bedankte sich für den guten Stil der Diskussion. Beim Privatisieren öffentlicher Aufgaben gehe es ihm um den effektiven Staat. Wegen der hochindustrialisierten Entwicklung kämen ständig neue Aufgaben auf den Staat zu, etwa im technischen Bereich. Anstatt neue Riesenbehörden für Genehmigungsverfahren zu schaffen, solle privater Sachverstand genutzt werden. Beim Klimaschutz müsse der Emissionsminderungsplan erwähnt werden, der in NRW Realität sei und zu zweistelligen Milliardenbeträgen für die Umrüstung und den Neubau von Kraftwerken geführt habe. Große Reformen in der Geschichte der Bundesrepublik seien durch Konsens der großen Parteien zustande gekommen, wobei eine in der Regierung und eine in der Opposition gewesen sei. Sehnsucht der SPD sei nicht die große Koalition, sondern die Regierungsführung in Bonn. Man dürfe nicht über Koalitionen spekulieren, sondern müsse Wähler gewinnen. Die Rede des Fraktionsvorsitzenden Linssen bezeichnete Rau als Überraschung, noch nie sei eine so grundsätzliche Etatrede gehalten worden. Vielmehr könne er gern zustimmen. Anfang und Ende paßten jedoch nicht recht zusammen. Beim Werteverlust müsse auch die Idealisierung der freien Marktwirtschaft, von Wettbewerb hinterfragt werden: Orientierung nur an materiellen Werten und Durchsetzung um fast jeden Preis? Bei der Gewalt-Berichterstattung stimmten die Proportionen des im Fernsehen Gezeigten nicht. Gegen das Ende des Solidarzuschlags und für Verzicht auf die dritte Stufe der Steuerreform habe er sich frühzeitig ausgesprochen. Der Ministerpräsident riet dazu, den Stil dieses Tages einzuhalten. Es gehe um NRW und seinen Beitrag zur Hilfe.

Man dürfe nicht über Koalitionen spekulieren, sondern müsse Wähler gewinnen. Die Rede des Fraktionsvorsitzenden Linssen bezeichnete Rau als Überraschung, noch nie sei eine so grundsätzliche Etatrede gehalten worden. Vielmehr könne er gern zustimmen. Anfang und Ende paßten jedoch nicht recht zusammen. Beim Werteverlust müsse auch die Idealisierung der freien Marktwirtschaft, von Wettbewerb hinterfragt werden: Orientierung nur an materiellen Werten und Durchsetzung um fast jeden Preis? Bei der Gewalt-Berichterstattung stimmten die Proportionen des im Fernsehen Gezeigten nicht. Gegen das Ende des Solidarzuschlags und für Verzicht auf die dritte Stufe der Steuerreform habe er sich frühzeitig ausgesprochen. Der Ministerpräsident riet dazu, den Stil dieses Tages einzuhalten. Es gehe um NRW und seinen Beitrag zur Hilfe.

Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe hat am Mittwoch, 16. Dezember 1992, im Plenum vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung des Parlaments mit folgendem Wortlaut bekanntgegeben:

## Erklärung

der Fraktion der SPD,  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der F.D.P. und  
der Fraktion DIE GRÜNEN

### Hilfe für bosnische Frauen und Mädchen

Schon immer waren Kriege auch mit unendlichem Leid für die Zivilbevölkerung – vor allem Frauen, Kinder und alte Menschen – verbunden. Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen im Krieg gegen die Republiken Kroatien und Bosnien-Herzegowina haben jedoch eine neue schreckliche Dimension erreicht. Sie sind Teil der militärischen Strategie serbischer Truppen. Massenvergewaltigungen von Frauen und Mädchen werden als systematisches Mittel der Kriegsführung eingesetzt. Serbische

Soldaten, paramilitärische Gruppen und Söldner haben allein in Bosnien-Herzegowina Schätzungen zufolge mehr als 60 000 Frauen und Mädchen auf brutalste Weise vergewaltigt, mißhandelt, gefoltert und gedemütigt. Unzählige Opfer wurden in Lager verschleppt, viele gezwungen, die Kinder der Vergewaltigten auszutragen. Vergewaltigung, Folter, Ermordung, Verschleppung sind strategische Bestandteile der geplanten ethnischen Säuberung. Opfer der grausamen Verbrechen sind Frauen und Mädchen verschiedener Nationalitäten, verschiedener Religionszugehörigkeit und jeden Alters.

Die Fraktionen des nordrhein-westfälischen Landtages verurteilen die menschenverachtenden Verbrechen an Frauen und Mädchen im ehemaligen Jugoslawien und fordern die Europäische Gemeinschaft sowie die Vereinten Nationen auf, ihre Bemühungen um die Beendigung des Krieges zu verstärken. Der Internationale Gerichtshof muß sich mit Vergewaltigung als Kriegsverbrechen befassen.

Die Folgen der sexuellen Gewalt gegen die Frauen und Mädchen in den Todeslagern sind unmittelbare körperliche Verletzungen, erzwungene Schwangerschaft und psychi-

sche Verletzungen, deren Folgen unabsehbar sind. Das Leben der Frauen und Mädchen ist bedroht und ihre Würde zutiefst verletzt; ihre soziale Existenz geht verloren. Angesichts dieser Verbrechen reicht es nicht, die serbischen Truppen nur anzuklagen. Vielmehr bedarf es der sofortigen Hilfe für die Opfer, Hilfen, die kurz- und langfristig eingesetzt werden. Der Beschluß des Landtags, einen Teil der Hilfsmittel für Bosnien für diese Gruppe von Frauen und Mädchen bereitzustellen, ist ein wichtiger Schritt. Es gilt nun, auch von Nordrhein-Westfalen aus die einheimischen Frauenorganisationen zu stärken, die diese Kriegsverbrechen aufdecken und erste Hilfsangebote machen, um die verzweifelten Frauen in den Kriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawien bei der Selbsthilfe zu unterstützen. Darüber hinaus ist jeder und jede aufgefordert, einen Beitrag zu leisten.

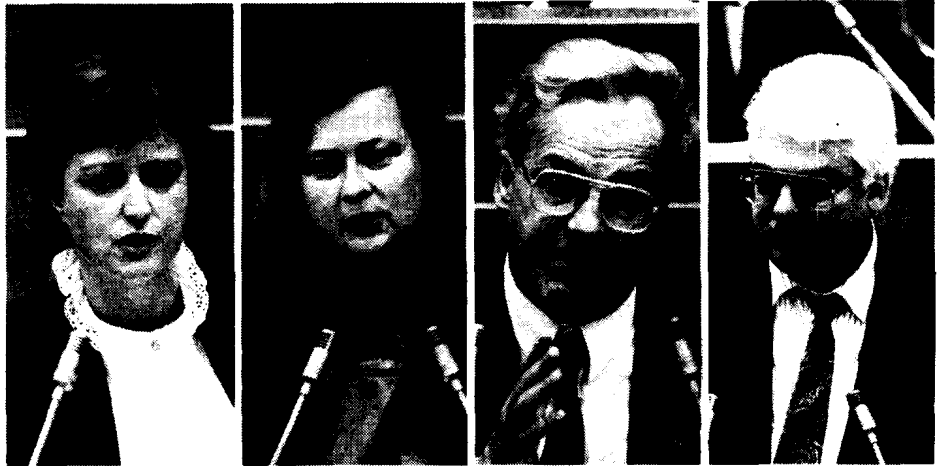
Prof. Dr. Friedhelm Farthmann Brigitte Speth	Dr. Achim Rhode Ruth Witteler-Koch
Dr. Helmut Linssen Regina van Dinther und Fraktion	Dr. Michael Vesper Bärbel Höhn und Fraktion

## Opposition fordert Teilbericht zu „Drehbuch und Strategiepapier“

Der Weg zu dem von den drei Oppositionsfractionen verlangten Teilbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses bleibt offen: Obwohl der Landtag mit Mehrheit am 16. Dezember einen entsprechenden gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN abgelehnt hat, erklärte Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) in der sich anschließenden Geschäftsordnungsdebatte, nach dem im Untersuchungsausschußgesetz definierten Minderheitenrecht könnten abtrennbare Teile des Einsetzungsauftrags auf Verlangen des Landtags oder der Antragsteller in einem Teilbericht dargestellt werden, „wenn die Beweisaufnahme zu diesem Teil abgeschlossen und der Bericht ohne Vorgriff auf die Beweiswürdigung der übrigen Untersuchungsaufträge möglich ist“. Trotz der Ablehnung durch das Plenum bleibe es den Antragstellern unbenommen, diesen Antrag im Untersuchungsausschuß zu wiederholen.

**Maria Theresia Opladen** (CDU) führte zur Begründung des Antrags aus, die Vorgänge um Erstellung und Entwicklung von Drehbuch und Strategiepapier hätten in der Ausschubarbeit ein „eigenständiges Gewicht in dem Maße bekommen, daß es sinnvoll und opportun erscheint, sie gesondert vom eigentlichen Sachthema EFMT darzustellen“. Die Vorgänge um diese Papiere und der Rücktritt Heinemanns hätten in den Medien zu Veröffentlichungen geführt, „die sich immer wieder um das Verhältnis von Ministerialbeamten zu ihrem Minister, von Ministern zu Mitgliedern des Untersuchungsausschusses, um Verpflichtung und Verfilzung dreht“. Die Papiere bewegten den Ausschuß mehr als der eigentliche Untersuchungsgegenstand EFMT, betonte sie: „Deshalb ist ein Bericht nötig.“ Wenn die SPD wirklich der Meinung sei, es sei alles nach Recht und Gesetz gegangen, dann könne sie nicht gegen den Antrag stimmen, sondern sich allenfalls bei der Abstimmung enthalten.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) monierte, daß nach einigen „spektakulären“ Vorfällen im



Keine Einigung über die rechtliche Zulässigkeit des verlangten Teilberichts (v.l.): Maria Theresia Opladen (CDU), Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN), Reinhold Trinius (SPD) und Heinz Lanfermann (F.D.P.). Fotos: Schüler

Ausschuß vom Versprechen der Landesregierung nicht mehr viel übrig sei, rüchhaltlose Aufklärung betreiben zu wollen. Der Ausschuß werde den Komplex Drehbuch und Strategiepapier bald abschließen, das Plenum habe einen Anspruch darauf, „vom Untersuchungsausschuß unverzüglich über abgeschlossene Untersuchungen unterrichtet zu werden“. Darum habe sich die grüne Fraktion diesem Verlangen angeschlossen.

**Reinhold Trinius** (SPD) wandte ein, die Beweisaufnahme zum Thema sei noch nicht abgeschlossen, dies sei aber nach dem Gesetz die Voraussetzung für einen Teilbericht. Da auf Antrag eines PUA-Mitglieds noch zwei Zeugen gehört werden sollen, würde das Durchbringen eines solchen Antrags gegen das Gesetz verstoßen, erklärte Trinius; bei diesem Vorhaben könne die Mehrheit der Opposition nicht wie verlangt noch die Stange halten. Das sei „bemerkenswert“ und eine Art von „Vorab-Amnestie“, die die Opposition hier fordere. Er ließ keinen Zweifel daran, daß die SPD „an einer schnellen, gründlichen und nicht nur schweigenden Offendeckung aller dieser Dinge außerordentlich interessiert“ sei. Bei den anderen Fraktionen habe man manchmal den Verdacht, sie wollten die Sache hinauszögern, „weil Sie sich möglicherweise in der Sachaufklärung überhaupt nichts mehr davon versprechen“. Wenn der Ausschuß klären wolle, ob sich Landesregierung oder einzelne Minister an Recht und Gesetz gehalten haben, dann müsse er sich „um so mehr an Recht, Gesetz und die Urteile des Bundesverfassungsgerichts halten“.

**Heinz Lanfermann** (F.D.P.) lehnte den Standpunkt ab, der Ausschuß komme sehr bald zu einem Abschluß in der Hauptsache: Die Vernehmung der Wissenschaftsministerin stehe immer noch aus, „weil sie uns nicht einmal alle Akten vorlegt“. Da könne man auch nicht entscheiden, welche Zeugen noch geladen werden müßten, zudem habe man „offensichtlich interessante Unterlagen der Stadt Bochum“ noch nicht erhalten. Die rechtlichen Bedenken gegen den Zwischenbericht verstehe er nicht: Der solle ja ausdrücklich erst nach der Beweisaufnahme erstellt werden, wie es im Antrag stehe. Die SPD habe ja auch schon einmal einem Teilbericht zugestimmt, als es um die Tätigkeit des Notars Heinemann gegangen sei. Der Zwischenbericht Drehbuch und Strategiepapier sei wichtig, damit er nicht als bloßer „Annex“ des Minderheitenvotums im Mehrheitsvotum untergehe, das alles überdecke. Auch das Kostenargument könne er nicht gelten lassen, das aufgrund anscheinend gezielter Informationen in Presseartikeln nachzulesen sei: Das sei „Riesenunfug“ angesichts der Summen, über die man verhandle und die man sparen könne, wenn man künftig solche „diffusen“ Methoden unterbinde.

★

In einem weiteren Tagesordnungspunkt stand die Neuwahl von Mitgliedern für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß an. Das Plenum folgte dem Wahlvorschlag der SPD (Drs. 11/4730), für Loke Mernizka Gerhard Wirth (beide SPD) als ordentliches Mitglied in den Ausschuß zu entsenden. Als stellvertretendes Mitglied rückt Wilfried Kramps (SPD) für Wirth nach.

## Untersuchungsausschuß nimmt weiterhin Institutsförderung unter die Lupe

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß (Vorsitzender Bodo Hombach, SPD) hat in der zurückliegenden Zeit eine ganze Reihe von Zeugen zum Untersuchungsgegenstand Förderung des Bochumer Entwicklungs- und Forschungszentrums für Mikrotherapie (EFMT) durch den Gesundheitsminister (MAGS) vernommen. Am 13. Oktober waren das aus dem MAGS der Abteilungsleiter Dr. Schröder und Richter am Landessozialgericht Dr. Hambüchen. Weitere Mitarbeiter des MAGS standen dem Ausschuß Anfang November als Zeugen zur Verfügung: Leitender Ministerialrat Dr. Axel Bürger,

Regierungsangestellter Manfred Oettler und Staatssekretär Dr. Wolfgang Bodenbender. Ende desselben Monats nahm Staatsminister a.D. Hermann Heinemann (SPD) erneut auf dem Zeugenstuhl Platz, seiner Aussage folgte die Vernehmung des seinerzeitigen Abteilungsleiters im MAGS, Dr. Klinkhammer. Am 1. Dezember waren aus dem Bereich des Finanzministeriums Dr. Meyer, ehemaliger Leiter der Abteilung I, und Ministerialrat Dietrich geladen. Tags darauf wurden vom MAGS Ministerialrat Dr. Siebertz und Leitender Ministerialrat a.D. Pant als Zeugen vernommen. Wegen unklarer Aktenlage

wurde am 4. Dezember die Einvernahme von Wissenschaftsministerin Anke Brunn abgesetzt; sie und die Referatsleiter Diplom-Mathematiker Thomas sowie Ministerialrätin Fuchs sollen zu einem späteren Zeitpunkt erneut vor dem Ausschuß aussagen. Am 8. Dezember waren der Bochumer Oberstadtdirektor Bongert und der Stadtdirektor und Kämmerer der Stadt Bochum, Barbonus, geladen. Am 18. Dezember schließlich traten Ministerialrat Obermeier und Ministerialrat Dr. Zieger, beide aus dem MAGS, als Zeugen vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß in dessen 32. Sitzung auf.

## SPD, CDU und F.D.P. fordern in einem Antrag Vorgehen gegen Rechtsextremismus

# Fraktionen rufen zu Engagement für Demokratie auf

Der nordrhein-westfälische Landtag hat seine „Abscheu und tiefe Trauer“ angesichts der wachsenden Gewalt gegen Ausländer deutlich gemacht. Abgeordnete erklärten, jeder Ausländer in der Bundesrepublik habe Anspruch darauf, vom Staat geschützt zu werden, gleichgültig ob er sich berechtigt oder unberechtigt im Lande aufhalte. Die Staatsorgane müßten deshalb alle polizeilichen Mittel bei der Verfolgung rechtsextremistischer Gewalttäter einsetzen und neonazistische Parteien verbieten. Auch gegen die Verfasser volksverhetzender Lieder sei konsequent vorzugehen, hieß es in einem gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und F.D.P., der angenommen wurde (Drs. 11/4800). Ein Antrag der Grünen fand keine Zustimmung (Drs. 11/4811).

**Jürgen Büssow** (SPD) betonte, kein Ausländer und keine Ausländerin sei dafür verantwortlich, daß es vielen Ostdeutschen schlechtgehe. Sie hätten auch keine Schuld daran, daß zu wenig einkommensgerechter Wohnraum in der Bundesrepublik zur Verfügung stehe. „Wir bejahen deshalb in dem gemeinsamen Antrag die konsequente Anwendung des Gewaltmonopols unseres Staates. Wir erwarten von den staatlichen Sicherheitsorganen, daß sie die rechtsextremistische Gewalt in Sprache und Verhalten genau entschieden bekämpfen wie in den siebziger und achtziger Jahren die RAF“, sagte der Abgeordnete.

**Andreas Reichel** (F.D.P.) sagte, heute sei es Gewalt gegen Ausländer und Asylanten, morgen sei es Gewalt gegen Behinderte, gegen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger. Ein Rechtsstaat, der sich in dieser Situation nicht wehre, der sein Gewaltmonopol aufgeben, der sich nicht durchsetze, der gebe sich selber auf. Der Abgeordnete rief diejenigen, die jetzt fragten, was man gegen Extremismus und Gewalt tun könne, zum Engagement für diese Demokratie, vor allem in demokratischen Parteien auf.

**Heinz Paus** (CDU) bekräftigte: „Jeder Chaos, der sich in martialischem Aufzug und mit Hitlergruß auf unseren Straßen zeigt, ist mir fremder als jeder Ausländer, der bei uns lebt.“ Dennoch mahne er zur Nüchternheit.

Es handle sich Gott sei Dank nach wie vor noch nicht um ein Massenphänomen. Das Bild, das die elektronischen Medien zeichnen, sei falsch. Die Straftaten seien das Werk von kleinen Gruppen und Einzeltätern. Auch wenn man sich jetzt verstärkt bemühen müsse, den rechten Spuk so schnell wie möglich wieder loszuwerden, gelte es, die unverändert bestehende Bedrohung durch Linksextremismus und Ausländerextremismus im Auge zu behalten.

**Roland Appel** (DIE GRÜNEN) hielt seinem Vorredner und der CDU vor, sie hätten ein diffuses Verhältnis zur Gewalt von rechts. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag habe seit zwei Jahren in diesem Hause, und die CDU in Bonn habe es genauso getan, den Rückenwind erzeugt, in dem die Straftäter heute das Unrechtsbewußtsein verlieren. Appel wandte sich dagegen, der Polizei und den Staatsorganen Dinge aufzubürden, die eigentlich einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung bedürften. Wenn es in diesem Lande 40 000 Rechtsextremisten gebe, müsse dafür gesorgt werden, daß die Ursachen beseitigt würden. Man müsse sie sozialisieren, nicht einmal resozialisieren.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) sagte: „Wir sind uns einig, daß wir jede Form von Gewalt auf das schärfste verurteilen. Wir sind uns einig, daß der Rechtsstaat entschlossen reagieren muß, um der Fortdauer von Gewalt entgegenzuwirken. Wir sind uns einig, daß alle Menschen einen Anspruch darauf haben, frei von Gewalt und frei von Angst vor Gewalt bei uns zu leben — alle Bürger! Wir sind uns auch darüber einig, daß die Gewalttaten gegen Ausländer nicht nur den Ausländern Gewalt antun, sondern uns allen, denn was hier geschieht, „trifft auch uns!“ Der Minister wies darauf hin, er wolle weder die Republikaner noch die NPD verbieten, weil er meine, man müsse sie politisch bekämpfen. Er machte allerdings darauf aufmerksam, daß die Republikaner Mitschuld an den Brandanschlägen auf Asylbewerberunterkünfte trügen.

**Justizminister Dr. Rolf Krumtsiek** (SPD) unterstrich, die Justiz gehe mit derselben Entschiedenheit gegen den Rechtsextremismus vor, mit der sie in den letzten Jahrzehnten auch gegen den Linksextremismus vorgegangen sei. Aber ebenso sagte er, „unser Strafrecht ist kein Schuldstrafrecht,

mit der sie in den letzten Jahrzehnten auch gegen den Linksextremismus vorgegangen sei. Aber ebenso sagte er, „unser Strafrecht ist kein Schuldstrafrecht,

### Prinzip der wehrhaften Demokratie

In dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. heißt es u. a., der Landtag bekenne sich zum uneingeschränkten Gewaltmonopol des Staates und zum Prinzip der wehrhaften Demokratie. In dem Papier unter der Überschrift „Demokratische Offensive gegen Gewalt — Rechtsextremistische Verfassungsfeinde bekämpfen!“ wird von den Staatsorganen — unter Beibehaltung der Aufmerksamkeit gegenüber jeder Form des Linksextremismus — in der gegenwärtigen Situation insbesondere erwartet:

- Den Einsatz aller polizeilichen Mittel gegen rechtsextremistische Gewalttäter,
- die intensive Beobachtung aller rechtsextremistischen Parteien und Gruppen durch den Verfassungsschutz,
- das Verbot rechtsextremistischer Organisationen,
- rasche und konsequente Bestrafung rechtsextremistischer Gewalttäter unter Ausschöpfung des gesetzlichen Strafrahmens,
- Überprüfung und erforderlichenfalls Effektivierung des gesetzlichen Instrumentariums zur konsequenten Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalttäter,
- konsequentes Vorgehen gegen die Verfasser und Verbreiter gewaltverherrlichender und volksverhetzender Schriften und Lieder.

und es ist kein Gesinnungsstrafrecht.“ Man wolle nicht — bei allem Engagement — daß bei der Verfolgung die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit über Bord geworfen würden.



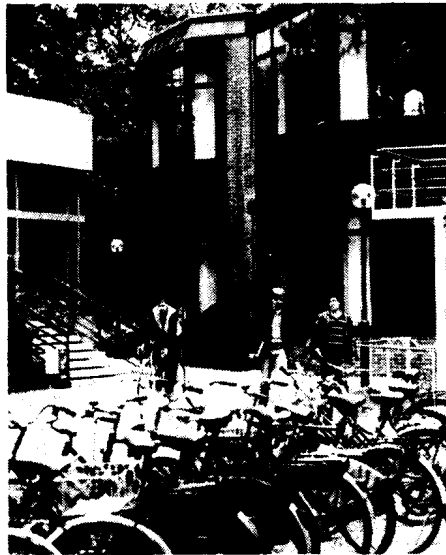
Bekanntnis zum Rechtsstaat und gegen Rassismus: v.l. Jürgen Büssow (SPD), Andreas Reichel (F.D.P.), Heinz Paus (CDU), Roland Appel (DIE GRÜNEN), Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) und Justizminister Dr. Rolf Krumtsiek (SPD).  
Fotos: Schüler

## Autonomie der Hochschulen wird gestärkt

Der Landtag hat nach erster Lesung das „Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften“ im Entwurf der Landesregierung (Drs. 11/4621) an die Ausschüsse überwiesen. Aus dem bisherigen WissHG soll ein „Universitätsgesetz“ werden.

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) betonte, der Gesetzentwurf verfolge drei wichtige hochschulpolitische Ziele. Man verwirkliche den Neueinstieg in die Studienreform. NRW habe damit die Debatte über Studienreformen und strukturelle Reformen im Hochschulbereich wieder angestoßen. Man wolle damit erreichen, daß durchschnittlich begabte, fleißige Studenten in der Lage seien, ihr Studium in angemessener Zeit zu absolvieren. Die Ministerin berichtete ferner, das Aktionsprogramm „Qualität der Lehre“ setze aber auch auf ein stärkeres Engagement in der Lehre. Die Verantwortung der Dekane für einen ordnungsgemäßen und effizienten Lehrbetrieb werde steigen. Als zweiten Punkt führte Frau Brunn an, mit diesem Gesetzentwurf werde die Autonomie der Hochschulen gestärkt. Eine vorgesehene Eckdatenverordnung bedeute für die Hochschulen keinen Autonomieverlust. Mehr Autonomie bedeute aber auch ein modernes Management und eine effektivere Nutzung von Ressourcen. Zum dritten wolle man die Öffnung der Hochschulen fortsetzen. Das Ziel sei mehr Durchlässigkeit und Transparenz.

Dietrich Kessel (SPD) sagte, die von der Landesregierung vorgeschlagene Novellierung der Hochschulgesetze sei aus Sicht der



Handlungswille von Staat und Hochschulen in gleicher Weise herausfordert: Studenten auf dem Campus der Universität/Gesamthochschule Duisburg. Foto: Uni Duisburg

SPD-Fraktion ein bedeutsamer Ansatz, im Rahmen der Möglichkeiten der Landespolitik mit zukunftsweisenden Problemlösungsansätzen zu reagieren. Man solle sich deshalb sehr ernsthaft anhand des Gesetzentwurfes mit der Verbesserung der Bedingungen von Studium und Lehre befassen, weil man auf diese Weise eine der Chancen der Politik nutzen könne, die negativen Einflüsse der finanziellen Ausstattung der Hochschulen und der Lebensverhältnisse von Studenten abzuschwächen.

Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) stellte die Frage, was Hochschulalltag 1993 in NRW bedeute? Hochschulalltag 1993 heiße, zwei und mehr Studenten je Studienplatz sowie eine als dramatisch zu bezeichnende

Betreuungsrelation — beispielsweise bei den Fachhochschulen 1:42 und im Durchschnitt 1:30. Hochschulalltag 1993 heiße: lange Wartezeiten bei Diplom- und Staatsarbeiten sowie überfüllte Seminare und Praktika. Hochschulalltag 1993 heiße ferner: Rahmenbedingungen — durch das Land verantwortet —, die ein Studieren innerhalb der Regelstudienzeit nahezu unmöglich machen. Das seien die Herausforderungen, denen begegnet werden müsse.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.), Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses, erklärte, die Studienzeiten seien immer länger geworden. Dies könne in der Tat nicht einfach auf die schwierigen Rahmenbedingungen allein zurückgeführt werden, sondern auch auf strukturelle Versäumnisse. Nicht das Ziel sei umstritten, sondern die Methoden und Instrumente, mit denen man an diese Aufgabe herangehen solle. Die Zeit sei reif für ein einheitliches Hochschulgesetz.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN), Parlamentarischer Geschäftsführer, meinte, wer Qualität und Quantität des hochschulpolitischen Engagements von Studierenden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stärken wolle, müsse vor allem dafür sorgen, daß sie auch entsprechenden Einfluß erhielten, daß also ihre Vorschläge, die sie erarbeiteten, auch berücksichtigt würden.

Dr. Horst Griese, Oberkreisdirektor des Kreises Wesel, scheidet zum Jahresende aus seinem Amt. Mit Griese, bis 1975 an der Spitze der Kreisverwaltung Dinslaken, tritt nach 25 Amtsjahren der dienstälteste Oberkreisdirektor in Nordrhein-Westfalen in den Ruhestand. Die Ehrung zum 65. Geburtstag nahm Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) im Kreishaus Wesel vor.

## Nicht Feinde, sondern Freunde und Kollegen Gesellschaftliche Tandems parteiübergreifend

Als die beiden Sportsfreunde Heinz Dickmänken und Reinhold Hemker am Rande des Erich-Schulze-Gedächtnisturniers am 6. Dezember Erinnerungen und Ideen austauschten und ein bißchen auch als politische Gegner angemacht wurden, war die Idee geboren: „Man müßte den Menschen viel häufiger zeigen, daß aktive Mitglieder der demokratischen Parteien oft mehr Freunde als Feinde sind.“ Das würde gerade angesichts der vielen gesellschaftlichen Probleme vielleicht die Bereitschaft in der Bevölkerung wieder steigern, politische Verantwortung insbesondere im ehrenamtlichen Bereich zu übernehmen. Gesagt, getan. Ein CDU-Ratsmitglied und ein SPD-Landtagsabgeordneter wurden aktiv. Die „Tischtenniszwillinge“: Heinz Dickmänken ist Vorsitzender des TTR Rheine und Mitaktivier des Oldieteams des Vereins — Reinhold Hemker, Aktiver in der TT-Abteilung des TV Mesum und Nebenstellenleiter des Bildungswerkes des Landessportbundes. Sie suchten gemeinsam nach weiteren Zwillingen, Paaren oder Tandems.

Bernd Bietmann, CDU-Ratsmitglied und Vorsitzender des Ausschusses Familie,

Gesundheit und Soziales, und Günther Borowski, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, spielen regelmäßig gemeinsam Tennis und sind, Bernd Bietmann (hauptamtlich) und Günther Borowski (ehrenamtlich), für den Caritasverband tätig. Dann stießen schnell die im TV-Jahn Rheine Verantwortung tragenden Olaf Gudert, sachkundiger Bürger der SPD, und Klaus-Dieter Remberg, Pressesprecher der CDU-Fraktion, hinzu. Olaf Gudert ist Chef der Bowlingabteilung des TV-Jahn Rheine, Klaus-Dieter Remberg seit mehr als 20 Jahren Vorsitzender dieses größten Vereins im Kreis Steinfurt.

Begeistert von der Idee waren auch sofort die Aktiven im Bereich der Kultur Werner Overesch (CDU) und Jochen Krüger, SPD-Ratsmitglied und Vorsitzender des Kulturausschusses. Die nächsten, die sich dazu gesellten, waren Josef Niehues als CDU-Ratsmitglied und Jürgen Coße als Unterbezirksvorsitzender der Jungsozialisten. Beide sind ehrenamtlich im Vorstand des Jugend- und Familiendienstes tätig.

Als dann auch noch der Vorsitzende der CDA in der CDU, der portugiesische Sozial-

arbeiter Nelson Rodrigues und der Vorsitzende des Ausländerbeirates Kamal Kassem, der SPD-Mitglied ist, dazustießen, war die Initiative „Freunde statt Feinde“ komplett. Mittlerweile sind auch die Aktivisten aus dem Club der Behinderten und ihrer Freunde (CEBEEF), Heinz Thalmann (CDU) und Wilfried Wewer, Vorsitzender der SPD-Fraktion, dazugekommen. Am vergangenen Montag um 18.00 Uhr erschienen die Tandems zum gemeinsamen „Hochzeitsfoto“ im Hotel Lücke in Rheine.

Die Initiatoren hoffen, daß zunächst kreisweit ihr Beispiel zu weiteren entsprechenden Aktivitäten anregt und dann überall in Deutschland. Unterschiedliche, auch konkurrierende Vorstellungen in der Demokratie dürfen nie zu Feindschaft führen, meinen die auch im Rahmen der Politik für die Gesellschaft Tätigen. Im Vordergrund stehen muß immer der Mensch: „Wir sehen uns als Freunde und Kollegen, die oft auch viel Spaß miteinander haben im Sport, in der Sozialarbeit, bei der Kulturarbeit, bei Festen und allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens“, erklärte der SPD-Landtagsabgeordnete Hemker.

## Lauschangriff auch zur bloßen Gefahrenabwehr?

# Mittelsuche im Kampf gegen die um sich greifende organisierte Kriminalität

*Einstimmig hat der Landtag am 11. Dezember den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes (Drs. 11/4682) an den Ausschuß für Innere Verwaltung überwiesen. Mit ihrem Entwurf sucht die CDU eine Antwort auf die festzustellende Eskalation von Gewalt und Kriminalität.*

**Heinrich Meyers** (CDU) konstatierte, die SPD habe jetzt die Vorschläge zum Asylrecht akzeptiert, die die CDU vor zwei Jahren vorgelegt habe. Damals jedoch sei die Union der „Unchristlichkeit“ geziehen worden — „und das hat uns weh getan“. Diesen gemeinsamen Weg sollte man jetzt weitergehen, um Straßenterror, Drogenhandel, Verschiebung von Autos und Schutzgelderpressung auf deutschem Boden Einhalt zu gebieten. Im Interesse des inneren Friedens und zum Schutz der persönlichen Freiheit sei ein wirksames Durchgreifen gegen Gewalttäter unerlässlich: „Der Staat muß Zähne zeigen ist ein vielzitiertes Satz, und das Wort von der wehrhaften Demokratie gewinnt neue Konturen“, erklärte Meyers und sah die Einsicht gewachsen, daß der wehrhafte Staat nicht nur den Mund spitzen, sondern auch pfeifen muß. Für gewisse Wirksamkeitsdefizite trage der Gesetzgeber Verantwortung, darum lege die CDU den Gesetzentwurf vor, um vor allem der organisierten Kriminalität Herr zu werden.

**Edgar Moron** (SPD) sah im CDU-Entwurf den klassischen Zielkonflikt im Rechtsstaat gegeben: Einerseits seien Leben, Gesundheit und Eigentum der Bürger zu schützen, andererseits seien die Grundsätze der Verfassung zu beachten, etwa die Unverletzlichkeit der Wohnung. Die Strafverfolgungsbehörden könnten nicht alles tun, was sie gern tun würden, betonte Moron und bezeichnete den Begriff, daß bei Straftaten von erheblicher Bedeutung von der Polizei verdeckte Ermittlungen vorgenommen werden sollen, als zu unbestimmt; bisher sei deren Einsatz auf Gefahr bei Leib, Leben und Freiheit einer Person beschränkt. Es gebe die Meinung von Experten, daß Artikel 13 des GG zur Abwehr von Gefahren für Sach- und Vermögenswerte nicht eingeschränkt werden dürfe. Den Weg, den die CDU hier vorschläge, sei sehr gefährlich, nämlich schon zur Gefahrenabwehr den Grundgesetzartikel auszuhöhlen. Der Bürger müsse das Grundvertrauen haben, daß der Staat seine Individualsphäre schützt, damit sei mehr gewonnen als die Einfügung einer zusätzlichen Norm ins Polizeigesetz.

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) fand, ihr Vorredner habe die „Dinge sehr präzise auf den Punkt“ gebracht: Es gebe einen Unterschied zwischen Strafprozeßrecht und Polizeirecht, auch wenn dies mitunter schwer zu vermitteln sei. So sei es ganz erheblich, ob mit Genehmigung mehrerer Richter von den Strafverfolgungsbehörden in eine Wohnung eingegriffen werde oder ob es die Polizei bei „erheblichen“ Straftaten tue. Wenn gegebene Möglichkeiten bisher nicht ausgeschöpft worden seien, dann müsse man die Gründe in den Ausschußberatungen erörtern. Sie müsse aber davor warnen, Strafverfolgung mit der Gefahrenabwehr zu vermischen. Auch und gerade beim Polizeigesetz sollte man sehr vorsichtig mit Änderungen bei der Hand sein.

**Roland Appel** (DIE GRÜNEN) freute sich über so viel Zurückhaltung bei der F.D.P. und erinnerte daran, die Mißachtung der Privatsphäre sei bisher ein untrügliches Zeichen totalitärer Regime gewesen. Die CDU im Lande habe den Antrag nach dem Motto gestellt: Was in Bonn nicht erreichbar sei, könne man in NRW durchzubekommen versuchen. Der Rechtsstaat unterscheide sich vom Willkürstaat dadurch, daß er nicht alles dürfe. Wenn man um jeden Preis Täter fassen wolle, dann bestehe die Gefahr, daß auch Schutzrechte der Verteidigung in Frage gestellt würden. Im übrigen müsse man sich hüten, bei der Alltagskriminalität von organisierter Kriminalität zu sprechen; dabei handele es sich um sehr schwere Taten, nicht um Kfz-Verschiebungen und Drogendelikte. Wenn man die organisierte Kriminalität angehen wolle, dann müsse man die Polizei ausreichend bezahlen (um sie gegen Korruption zu wappnen), ins „gesellschaftliche Umfeld“ gehen und die Beeinflussung von Staatsanwaltschaften, Polizei oder Politik bekämpfen.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) hielt der CDU ebenfalls entgegen, sie wolle hier erreichen, was ihr im Bundestag bei der Beratung über das Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität nicht gelungen sei. Mit ihm sei es nicht zu machen, über das Polizeigesetz an der Verfassung vorbei in einem Drittel der Republik dies zu bewerkstelligen. Im Bundestag sei die Beratung über diesen Punkt einvernehmlich ausgesetzt worden, bis ein Gutachten vorliege. Er, Schnoor, möchte auf keinen Fall weitergehen, bevor diese Grundsatzfrage im Bundestag nicht geklärt worden sei. In seiner Wohnung müsse sich der Bürger frei fühlen können. Wenn die in seinen Augen notwendige Änderung der Verfassung vorgenommen sei, dann müsse man sich immer noch bei einer Änderung des Polizeigesetzes fragen, „können wir es so scharf ändern, daß wir auch wirklich damit nur an die Täter im weißen Kragen kommen“? An diese Herrschaften, die sich die Hände nicht schmutzig machen, müsse man herankommen. Darum müssen die Straftatenkataloge eng begrenzt sein, man benötige den Gerichtsvorbehalt und ein absolutes Verwertungsverbot, umriß der Minister die Voraussetzungen für den Einsatz eines solchen Mittels.

## „Es wird weiterhin mittleren Dienst bei der Polizei geben“

*Eine zügige Umsetzung der Ergebnisse des Kienbaum-Gutachtens „Funktionsbewertung der Schutzpolizei“ hat die CDU in ihrem Antrag (Drs. 11/3463) gefordert. Das Plenum lehnte diesen Antrag ab und nahm statt dessen den SPD-Antrag (Drs. 11/4726) an, in dem die Notwendigkeit von Verbesserungen in der Besoldung und Laufbahngestaltung betont wird.*

**Stefan Frechen** (SPD) nannte den CDU-Antrag in der Sache „längst überholt“; die SPD habe die darin aufgeführten Punkte nicht nur erledigt, sondern auch verbessert. So habe die CDU ein „Eigentor“ geschossen, da die Umsetzung ihrer Schritte bis weit über das Jahr 2000 reichen würde. Das sei die Bilanz der SPD: 1000 Stellen, 2750 Beförderungen und für die Jahre 1994 und 1995 rund 2600 Stellen. Mit dem Entschließungsantrag seiner Fraktion kämen noch einmal rund 5600 Stellen hinzu. 1995 habe man bei Schutz- und Kriminalpolizei einen Anteil von 41,6 Prozent am gehobenen Dienst, damit liege NRW im Bundesvergleich an der Spitze.

**Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg** (CDU) nannte die Aufforderung zum Zurückziehen des CDU-Antrages „unverfroren“: Es sei die SPD, die Schwierigkeiten mit der Umsetzung des Gutachtens habe; darum habe sie auch den Antrag vor sich „hergeschoben“ und verweigere jede Auskunft über das Jahr 1995 hinaus. Im übrigen weiche der SPD-Entschließungsantrag nur unwesentlich von den Positionen der CDU ab. In der Frage der Ausbildung sei der SPD „Wortbruch“ vorzuwerfen, denn es werde weiter mittleren Dienst und damit keine zweigeteilte Laufbahn geben. Die SPD habe zudem nicht versprechen können, das Gutachten bis zum Jahr 2000 umzusetzen, sie weigere sich sogar, das Problem umfassend anzugehen.

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) kritisierte die hohe Erwartungshaltung, die geweckt worden und angesichts der Haushaltslage nicht zu erfüllen sei. Auch die F.D.P. habe eine zügige Umsetzung des Gutachtens gefordert — früher als andere Fraktionen. Sie entdeckte positive Ansätze im SPD-Antrag und kündigte die Zustimmung dazu an. Dieser Antrag zeige nämlich eine Perspektive für die Polizeibeamten auf, ohne daß sie davon ausgehen könnten, „daß nun jeder Beamte des mittleren Dienstes in absehbarer Zeit in den gehobenen Dienst kommt“. Auch bei diesem Vorhaben gebe es keine absolute Gerechtigkeit, bedauerte sie.

**Roland Appel** (DIE GRÜNEN) sah ebenfalls den CDU-Antrag als erledigt an, hielt der Fraktion aber zugute, daß sie die Diskussion angesprochen habe. Die Grünen würden dem SPD-Antrag zustimmen, „auch wenn uns das nicht leichtfällt“. So seien sie sich bewußt, daß Kienbaum ein Gutachten und kein Programm ist, über das die Grünen ihre eigenen Vorstellungen haben: Gesellschaftliche Mißstände nicht durch Kriminalisierung und Polizei lösen, sondern „daß wir eine kleine, aber leistungsfähige und gut-bezahlte Polizei brauchten“.



## Staatsanwaltschaft stellt Verfahren gegen Heinemann ein

Die Staatsanwaltschaft Bochum hat ein Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales und derzeitigen Landtagsabgeordneten Hermann Heinemann (SPD) wegen des Verdachts der Beihilfe zum Subventionsbetrug eingestellt. Ebenfalls eingestellt wurde das Ermittlungsverfahren gegen die beiden Ärzte als Betreiber des Entwicklungs- und Forschungszentrums für Mikrotherapie (EFMT) in Bochum im Zusammenhang mit der Gewährung öffentlicher Mittel für die Geräteausstattung des Instituts. Die Staatsanwaltschaft teilt in ihrem Einstellungsbeschuß mit, die Vorwürfe, die Subventionsmittel des EFMT seien betrügerisch erschlichen worden, hätten sich nicht bestätigt. Eine strafrechtliche Verfolgung gegen den ehemaligen Minister komme deshalb nicht in Betracht. Es hätten sich keine Anhaltspunkte für die Behauptung ergeben, das EFMT sei nur scheinbar ein Forschungsinstitut, in Wirklichkeit aber eine Privatpraxis.

## Neue Berufsordnung Amtliche Vermessung

Mit den Stimmen von SPD, F.D.P. und Grünen gegen die Stimmen der CDU und bei Enthaltung des SPD-Abgeordneten Gerhard Wendzinski verabschiedete der Landtag am 11. Dezember das Gesetz zu einer Berufsordnung für öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure (Drs. 11/3696 und 11/4744). Die CDU hatte den Nachweis von 50 Gebäudeeinemessungen in sieben Jahren für unverzichtbar gehalten.

Jürgen Jentsch (SPD) berichtete über intensive Diskussionen im Ausschuß und eine Sachverständigenanhörung. Telefonate und Telefaxe seien wie ein Feuerwerk auf die Ausschußmitglieder geprasselt. Eine alle zufriedenstellende Regelung sei nicht zu erreichen. Die Öffnung für private Vermessungsstellen werde fortgesetzt.

Klaus Stallmann (CDU) erinnerte an das geänderte Vermessungs- und Katastergesetz von 1990, das die Berufsordnung zur Folge gehabt habe, und berichtete von strittigen Regelungen zum Eintritt in den Beruf. Beim SPD-Vorschlag ohne Nachweis von Gebäudeeinemessungen bleibe ein fader Nachgeschmack. Absolut falsch und unverantwortlich sei die SPD-Neuformulierung, die vermischte Arbeitsgemeinschaften ermögliche. Schon jetzt erhoben Fachleute verfassungsrechtliche Bedenken. „Ich appelliere an Sie: Verabschieden Sie dieses Gesetz nicht!“

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) vertiefte die Bedenken aus der Erfahrung von Gesprächen, in denen Betroffene jeweils persönlich zugeschnittene Regelungen befürworteten. Die F.D.P. stimme dennoch zu, weil sie vernünftige Lösungen sehe. Im nächsten Jahr solle über die Auswirkung gesprochen werden.

## Zwei Kammern und Zusammenarbeit bei Architekten, Stadtplanern und Bauingenieuren

Einstimmig nahm das Plenum am 11. Dezember eine von allen Fraktionen gemeinsam getragene Änderung des Regierungsentwurfs an und verabschiedete das Gesetz über den Schutz der Berufsbezeichnungen von Architekten, Stadtplanern und Bauingenieuren sowie der Kammern — Baukammergesetz — (Drs. 11/3784 und 11/4739) in zweiter Lesung.

Heinz Hunger (SPD) erklärte, das Gesetz solle unter anderem sicherstellen, daß beratende Ingenieurinnen und Ingenieure fachlich qualifiziert ihren Beruf eigenverantwortlich und unabhängig ausüben können. Architekten- und Ingenieurkammer würden nun zusammenarbeiten. Die Sicherung des Qualitätsstandards werde den Verbrauchern nützen.

Franz Püll (CDU) fuhr fort, einer Großen Ingenieurkammer fehle es an ausreichendem öffentlichen Interesse. In Dortmund würden im Fachbereich Raumplanung seit 20 Jahren Stadtplaner ausgebildet. Die CDU bedaure, daß deren Absolventen nicht den wünschenswerten Zugang zu einer Stadtplanerliste erhielten. Wichtig seien die Weiterentwicklung der hohen Baukultur durch Fortbildung und die Übereinstimmung mit anderen Ingenieurkammergesetzen im Bundesgebiet.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) hielt trotz Zustimmung seiner Fraktion das Gesetz für die zweitbeste Lösung. Erfreulich sei, daß der Vorstand nun doch nicht erweitert werde

und daß das Gesetz am 31. Dezember 1992 in Kraft trete, damit auch die Bedenken der Ingenieure mit Blick auf Europa ausgeräumt werden könnten.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) erwähnte den Vorwurf, die Ingenieurkammer-Bau könne zu einer Arbeitgeberkammer werden, die zwei Klassen etabliere. Angestellte und beamtete Ingenieure könnten als freiwillige Mitglieder den Titel Beratender Ingenieur nicht erwerben. Jedoch sei die unabhängige und eigenverantwortliche Berufsausübung das Charakteristikum für diese Bezeichnung. Sonstige Rechte und Pflichten seien für alle gleich.

Bauministerin Ilse Brusis (SPD) äußerte sich froh über das Beratungsergebnis, das den Interessen der Betroffenen und des Verbraucherschutzes gerecht werde. Das rege Interesse der Verbände habe zu sehr intensiven Auseinandersetzungen mit erfolgreichem Abschluß geführt. Berufspolitisches Neuland sei die Zusammenarbeit zwischen den beiden Kammern.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) stellte seitene Präzision und Sorgfalt bei der Beratung fest und knüpfte daran die Frage, wann die Büros noch vermessen würden, die so viel Zeit für viele Zuschriften hätten. Er habe geschwankt, ob es nun schlecht oder gut um das Vermessungswesen in NRW stehe. Die gute Lobbyarbeit habe überzeugt, so daß er keine Bedenken gegen den Aufstieg in die Zielgruppe von rund 50 Büros ohne große Prüfung habe.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) verglich das Vermessungswesen mit Grundbuch und Notar. Vermessungsingenieure könnten nun durch Zusatzprüfung zu öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren aufrücken. Das sei nötig, weil sie Verwaltungsakte setzten. Die von Abgeordnetem Wendzinski angesprochene Vermischung durch Sozietäten könne auch durch Verbot nicht verhindert werden. Die Aufsicht werde stärker greifen müssen.



Cyril Ramaphosa, Generalsekretär des ANC (l.), gilt als aussichtsreichster Anwärter auf das Amt des Staatschefs nach den freien Wahlen in Südafrika. Nachdem er ein bereits für Anfang September geplantes Treffen mit Bodo Hombach (SPD, r.) wegen der blutigen Unruhen in Südafrika verschieben mußte, hat er einen zweitägigen Aufenthalt in Bonn für einen insgesamt fünfständigen Abstecher in den Düsseldorfer Landtag genutzt. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebel erläuterte beim Mittagessen der Delegation des ANC die föderale Struktur der Bundesrepublik. Zuvor hat Bodo Hombach mehrere Stunden über Wirtschaftspolitik, Wahlkämpfe und den Aufbau demokratischer Organisationsstrukturen informiert. Anfang nächsten Jahres will Hombach der Gegeneinladung Ramaphosas nach Südafrika folgen.

## Opposition kritisiert „Genossen-Unterbringungsgesetz“

### Hauptamtliche Leitung und Mitbestimmung in den großen Wasserverbänden

Die Gesetze über den Aggerverband, den Wupperverband, den Ert- und den Niersverband verabschiedete das Plenum am 11. Dezember mit der SPD-Mehrheit gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und Grünen, aus deren Reihen scharfe Kritik bis zur Unvereinbarkeit mit der Verfassung (CDU) geäußert wurde.

**Johannes Gorlas** (SPD) faßte die Kritik auf zwei Punkte zusammen und erwiderte, die Gesetze seien nicht überflüssig, weil die großen Verbände die gesamte wasserwirtschaftliche Verantwortung im Flußgebiet hätten. Sie hätten zwischen 235 und 407 Beschäftigte, das Haushaltsvolumen liege zwischen 154 und 296 Millionen Mark. Sie seien mit Unternehmen der oberen Mittelklasse vergleichbar. Vorstände, die nur viermal im Jahr tagten, seien in Gefahr, blind zu beschließen. Bei der Selbstverwaltung gehe es um Verursacher, Verschmutzer und um die Einbindung der Betroffenen.

**Werner Stump** (CDU) warf dem Vordredner vor, die kommunale Selbstverwaltung mit all ihrer Aufrichtigkeit vor Ort zu diffamieren. Sogar einen renommierten Parteifreund habe er desavouiert, der als Präsident des Städtetags durch das Gesetz Unordnung und Erschwernis der Arbeit sah. Für die Arbeitnehmermitbestimmung sei in diesem Raum kein Anlaß, bei der Vorstandstätigkeit sei viel Arbeit verbunden, es gebe viele Ausschüsse. Die SPD entscheide gegen das Votum aller Angehörten, das sei gegen die Demokratie. Die neuen Verbandsstrukturen würden sich hinderlich und kostensteigernd auswirken. Die Mitbestimmung sei verfassungswidrig, es gehe nicht um einen Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital, sondern um Aufgaben des Staates.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) sagte, Stump habe ihm aus der Seele gesprochen. Sämtliche Verbände leisteten ihre Arbeit auch im Rahmen des Naturschutzes in bisheriger Regie sehr gut. Das Prinzip der Selbstverwaltung werde durch ein Hauptamt geschwächt. Besser solle das Gesetz „Genossen-Unterbringungsgesetz“ heißen. Ein hauptamtlicher Vorstand koste viel Geld, kaderhaft gegliederte Organisation steigere den Stellenhaushalt, und das bei der desolaten Finanzsituation und dem Gerede vom „schlanken Staat“. Die F.D.P. fordere umgekehrt die Drittelbeteiligung von Arbeitnehmern und Gewerkschaften. Der neue Moloch werde weniger flexibel, weniger effektiv arbeiten, mit geringeren Ortskenntnissen, dafür teurer sein.

**Siegfried Martsch** (DIE GRÜNEN) hielt das Überstimmen aller Bedenken durch die SPD für eine Ohrfeige gegenüber berechtigten Interessen zahlreicher Betroffener und zuständiger Investitionen und lehnte das Vorgehen ebenso ab wie die Gesetze.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) sah die neuen Strukturen für die Wasserverbände als Pflichtaufgabe an, da größere Aufgaben zu bewältigen seien. Bereits verabschiedete neue Verbandsgesetze hätten sich bewährt.

## Martsch-Programm für grüne Landwirtschaft

### SPD/CDU/F.D.P.: „Im Prinzip Ja, aber...“

Der Grünen-Antrag „Agrarwirtschaftliches Programm zur Landwirtschaftspflege und Marktentlastung (LAMA)“ (Drs. 11/4728) wurde nach der Aussprache am 11. Dezember in die Ausschußberatung überwiesen.

**Siegfried Martsch** (DIE GRÜNEN) begründete das von den Grünen vorgeschlagene Programm mit der Schonung natürlicher Ressourcen und Wirtschaftlichkeit durch: Verzicht auf chemischen Pflanzenschutz und mineralische Düngung, auf Wachstumsregulatoren, Getreideanbau mit erweitertem Abstand, Umstellung von Futtermais auf andere Futterarten, Begrünung im Ackerbau und bei Dauerkulturen, Mulchsaat, thermische Unkrautbekämpfung. Zum Erhalt von Kulturlandschaft gehöre auch die Bewirtschaftung von Steilgrünland oder die Pflege von Streuobstbeständen. Streuwiesen, Mager- und Trockenrasen könnten als landwirtschaftliche Nutzung behalten werden. Unterhaltungs- und Pflegearbeiten sollten einbezogen werden. Entscheidend sei der Schritt zu ökologisch verträglicher, aber auch ökonomisch tragbarer Landwirtschaft.

**Eberhard Sohns** (SPD) beschwerte sich über die Taktik der Grünen, ihre in den Haushaltsberatungen abgelehnten Anträge ins Plenum zu bringen. Das sei schlechter parlamentarischer Stil. Im Ausschuß sei zu

Beginn der Sitzung ein 53seitiger Grünen-Antrag vorgelegt worden, den keiner mehr habe lesen können. Vom Inhalt her lehne die SPD den Antrag ab, da sie sich nicht auch noch die Aufgaben der EG aufbürden wolle, Marktentlastung sei deren Sache. Das Programm würde das Land 70 Millionen Mark kosten. Die SPD werde bis 1995 keine neuen Leistungsgesetze oder Förderprogramme schaffen. Dem Grundsatz umweltschonender Landwirtschaft sei zuzustimmen.

**Hermann-Josef Schmitz** (CDU) hielt die Beratung für lohnend. Ökologische Leistungen der Landwirtschaft sollten definiert und honoriert werden, darin seien sich alle Parteien einig. Der Finanzierungsvorschlag der Grünen sei nicht seriös.

**Friedel Meyer** (F.D.P.) hielt ebenfalls die Grundidee für nicht schlecht und wünschte sich eine gemeinsame Resolution in Richtung Bonn und Brüssel.

**Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen** (SPD) sagte seine Stellungnahme für die Ausschußberatung zu.

## Flächen-Notstand

### Naturschutz in NRW

Der Grünen-Antrag „Die Eigenständigkeit von ‚Landschaftsplanung‘ und ‚Eingriffsregelung‘ bewahren“ (Drs. 11/4729) wurde nach der Aussprache am 11. Dezember in die Ausschußberatung überwiesen.

**Siegfried Martsch** (DIE GRÜNEN) erläuterte, bisher habe der Naturschutz zwei Standbeine gehabt, den Landschaftsplan und die Eingriffsregelung, die sich auf Eingriffe in Natur und Landschaft beziehe, jedoch inzwischen kontraproduktiv wirke. Es gelinge damit, jeden Flächenverbrauch ökologisch abzusegnen. Neuerdings könnten mit Geld Verpflichtungen zum Naturschutz abgekauft werden. Angesichts leerer Kassen würden Kommunen davon Gebrauch machen.

**Gunther Sieg** (SPD) trat dafür ein, Belange des Schutzes von Natur und Landschaft mit denen des Baurechts in Einklang zu bringen. Für unvermeidbare Eingriffe zur Behebung der Wohnungsnot müsse über eine Konfliktlösung eingehend beraten werden.

**Ilka Keller** (CDU) berichtete, jeden Tag verschwänden in der Bundesrepublik etwa 120 Hektar natürlicher Fläche durch sogenannte Flächenversiegelung. Aber die hohe Aufnahmequote für Aussiedler und Einwanderer habe ihren Preis. Die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren durch den Bund berücksichtige die ökologische Selbstblockade zu langer Verfahren. Erholungsgebiete im Braunkohlengebiet seien ein gutes Beispiel für Naturschutz.

**Friedel Meyer** (F.D.P.) verzichtete auf eine Stellungnahme, da es ihm über acht Tage lang nicht gelungen sei, den Kabinettschluß der Landesregierung zu erhalten, der Grundlage des Grünen-Antrags sei.

**Minister Klaus Matthiesen** (SPD) erklärte das Konzept zur Harmonisierung von Naturschutz- und Baurecht: Landschaftsplan und Eingriffsregelung blieben zwei eigenständige Instrumente. Ersatzmaßnahmen seien wegen knapper Kompensationsflächen notwendig geworden. Den sachlich falschen Grünen-Vortrag weise er zurück.

**Arnulf Zitelmann**, Religionslehrer aus Darmstadt, hat den mit 10000 Mark dotierten Gustav-Heinemann-Friedenspreis für Kinder- und Jugendbücher 1992 des Landes Nordrhein-Westfalen erhalten. Ausgezeichnet wurde der Autor für seinen 1991 erschienenen Roman „Paule Pizolka oder eine Flucht durch Deutschland“. Das Buch beschreibt die Flucht eines Jungen aus dem Osten infolge des Zweiten Weltkrieges. Die Sehnsucht nach Frieden und einem menschlichen Zusammenleben durchziehe diese Kindheits Erinnerungen, begründete die Jury ihre Entscheidung. Arnulf Zitelmann hat sein Preisgeld dem Norddeutschen Rundfunk (NDR) für dessen Spendenaktion „Gegen das Vergessen“ zum Erhalt des Mahnmals Auschwitz zur Verfügung gestellt.

## Haushaltsentwurf 1993 in zweiter Lesung mit SPD-Stimmenmehrheit angenommen

### Finanzminister spricht von „einer soliden Basis für 1993“ Die Oppositionsfractionen teilen diese Auffassung nicht

Der nordrhein-westfälische Landtag hat am Donnerstag, 10. Dezember, die Haushaltsberatungen in zweiter Lesung mit der Debatte über die Einzelpläne des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, des Kultusministeriums, des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, über das Gemeindefinanzierungsgesetz sowie über die Einzelpläne des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei, des Justizministeriums, des Ministeriums für Bundesangelegenheiten, des Finanzministeriums, über die Allgemeine Finanzverwaltung und das Haushaltsgesetz 1993 abgeschlossen. Finanzminister Heinz Schleußer hatte in einem Schlußwort den Haushalt als „verantwortbar“ und „eine solide Basis für 1993“ bezeichnet. Die Oppositionsfractionen wollten sich dieser Auffassung nicht anschließen. Das Haushaltsgesetz 1993 wurde gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und der Fraktion DIE GRÜNEN mit Stimmenmehrheit der SPD in zweiter Lesung angenommen und anschließend einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuß zurücküberwiesen. Insgesamt hatten dem Parlament 40 Änderungsvorlagen aus den Fachausschüssen zur zweiten Lesung vorgelegen.

Mit der Beratung des Haushalts des Umweltministers setzen wir die Bericht-erstattung aus dem vorigen Heft fort.

**Dr. Annemarie Schraps** (CDU) urteilte: „Der Haushalt des Umweltministers zeigt kein Profil, keine Prioritäten, sondern sträfliche Vernachlässigung in vielen Bereichen, von der Alltastensanierung über Emissions- und Bodenschutz bis hin zur Abfall- und Wasserwirtschaft.“ Sie ging auf die von der SPD abgelehnten Änderungsanträge ihrer Fraktion ein, darunter im Bereich des vom Land vernachlässigten Bodenschutzes, wo das „teure und wirkungslose“ Bodenschutzzentrum aufgelöst werden und das Informationssystem an eine funktionierende Landesbehörde übergeben werden müßte. Der Minister sollte endlich aus dem Kienbaum-Gutachten weitere Konsequenzen ziehen und generelle Mängel in seinem Geschäftsbereich abstellen. Insgesamt sei der Umweltetat „schmalbrüstig“ und kranke am fehlenden Prioritätenkatalog.

**Klaus Strehl** (SPD) bezeichnete die CDU-Anträge als „unverständlich“ und „lächerlich“, die der F.D.P. seien mit der heißen Nadel gestrickt. Die SPD lasse sich mit dem Etat dieses Ministeriums von dem Gedanken leiten, auch bei den erforderlichen Einsparungen den allgemein hohen Leistungsstandard in der Umweltpolitik unter allen Umständen zu halten. Angesichts des rückläufigen Interesses am Umweltschutz begrüße seine Fraktion ausdrücklich die 3,3 Millionen Mark für das Aufklärungsprogramm „Ökologische Abfallwirtschaft“. Bei den Grünen komme auch nichts Neues, sie



Blickpunkt Plenum: v. l. die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Ilse Ridder-Melchers, sowie Kultusminister Hans Schwier (beide SPD).  
Foto: Schüler

stellten zum dritten Mal wieder die inhaltlich gleichen Anträge. Um über die Anträge vernünftig debattieren zu können, schlug Strehl den rechtzeitigen Austausch dieser Anträge vor.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) warf der SPD vor, sie habe wieder mit der „Abstimmungs-guillotine“ zugeschlagen und alles von der Opposition Kommende abgelehnt. Die Kampagne „Ökologische Abfallwirtschaft“ sei nichts als Öffentlichkeitsarbeit — und mit der habe man bereits bei diesem Ministerium seine Erfahrungen. Die horrenden Summe dafür sei an anderer Stelle sinnvoller auszugeben. Das Landesabfallgesetz des Landes habe zu Problemen mit der Wettbewerbsfähigkeit nordrhein-westfälischer Unternehmen geführt. Er begrüße den Durchbruch bei den Untertagedeponien. Angesichts der Regelungsdichte und des Vollzugsdefizits regte Kuhl an, die Umweltgesetzgebung auf allen Ebenen, „für zwei, drei Jahre“ auszusetzen, um hier für mehr Durchschaubarkeit und Berechenbarkeit zu sorgen.

**Gerhard Mai** (DIE GRÜNEN) erinnerte an die alte Forderung seiner Fraktion, in der Umweltpolitik ehrliche Preise zu verlangen und das Verursacherprinzip konsequent anzuwenden. Dazu könnten Ökoabgaben dienen, die der Minister aber völlig ablehne, obwohl sie andere Länder bereits eingeführt hätten. Solche Abgaben seien ein wirksames Instrument zur Abfallvermeidung, Senkung des Wasserverbrauchs und zur Energieeinsparung. Zudem seien damit wichtige Forschungsvorhaben und Programme zu fördern. Das Sonderabfallrahmenkonzept des Ministeriums sei zu überarbeiten, da hier eine erhebliche Vermeidungsquote gegeben sei; die Lizenzabgabe habe sich als nicht effizientes Steuerungsinstrument

erwiesen. Letztlich werde Umweltpolitik in NRW als „Luxus“ angesehen, beklagte Mai.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) hielt nichts davon, von den wirklichen Erfolgen in Sachen Umweltschutz im Lande abzulenken und stattdessen ein „Zerrbild“ zu zeichnen. Nach der „Reparatur“ komme es nun darauf an, von der nachsorgenden Umwelttechnologie zu integrierter Umwelttechnologie im Produktionsprozeß zu kommen, das sei sowohl ökologisch als auch auf Dauer ökonomisch vernünftig. Es sei dabei die Frage, mit welchen Konzepten man politisch, administrativ und gesetzgeberisch diese neue Qualität einleiten wolle; das gehe sicher nicht über eine Vielzahl von verwirrungsstiftenden Abgaben und Programmen, betonte er, räumte aber ein, die Gefahr bestehe, daß man sich am Ende in einem Regelwerk verstricke, „an dem wir uns selbst zu Tode administrieren“. Im Lande selbst habe man genug getan, jetzt müßten die Gesetze in Bonn entrümpelt und der Regelungswut in Brüssel Einhalt geboten werden. Ziel sei dabei auch, die Genehmigungsverfahren zu verkürzen, ohne die Bürgerbeteiligung einzuschränken. Der ökologische Fortschritt müsse auf intelligente Weise beschleunigt werden, Investitionen und Wirtschaftswachstum dürften dabei nicht gebremst werden, „sondern gefördert werden, weil gerade bei nachlassender Konjunktur die Verbindung von Ökologie und Ökonomie nur im Rahmen eines Gesamtkonzeptes aufrechterhalten werden kann“.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) errechnete eine Halbierung der Umweltausgaben des Landes von 1986, dem ersten Jahr der ökologischen Erneuerung, bis 1993: Von 783 auf 322 Millionen Mark. Es sei eine „Verdummung der Öffentlichkeit“, ihr als Erfolg

zu verkaufen, daß im Einzelplan 20 622 Millionen Mark für Umweltaufgaben gestrichen, der entsprechende Titel im Einzelplan 10 um ganze 70 Millionen Mark erhöht werde. In NRW gebe es keine Umweltabgaben, wie von den Grünen gefordert, weil der Minister den Verursachern nicht wehtun möchte. Dann davon zu reden, man wolle den Verursachern ans Zeug gehen, sei „absolut lächerlich und unglaubwürdig“.

## Landwirtschaft

**Karl Knipschild** (CDU) bedauerte, daß die drei Änderungsanträge („maßvoll“) der CDU abgeschmettert worden seien und kündigte die Ablehnung des Einzelplanes 10 durch seine Fraktion an. Es habe ihn sehr gewundert, daß zu Beginn der Haushaltsberatun-

F.D.P. weiter beantragt, Baumaßnahmen, etwa für die LÖLF in Recklinghausen, zeitlich zu strecken und die Entschlammung von Seen um 8,5 Millionen Mark zu kürzen. Für die Steigerung der Mittel zur ökologischen Verbesserung in Emscher-Lippe-Raum um fünf Millionen Mark habe er kein Verständnis, da hätte der alte Ansatz von 1992 ausgereicht. Auch er kündigte die Ablehnung des Etats durch seine Fraktion an.

**Siegfried Martsch** (DIE GRÜNEN) umriß die Lage in der Landwirtschaft: „Es wird quantitativ mehr geleistet, aber immer weniger dabei verdient.“ Das komme aber nicht beim Verbraucher an, daran verdienten nur Verarbeitung, Handel, Transport und Bürokratie. Die bäuerliche Familie verdiene heute nur noch 50 Prozent des Durchschnittseinkommens; die Löhne sanken also bei immer weiter steigender Arbeitsleistung. Folge sei das

## Schule und Weiterbildung

*In drei Komplexen wurde der Etat des Kultusministers in zweiter Lesung behandelt: Schule und Weiterbildung, Kultur sowie Sport. Die Änderungsanträge von F.D.P. und Grünen wurden abgelehnt, über den Entschließungsantrag der CDU (Drs. 11/4799) wurde nach der dritten Lesung abgestimmt. Angenommen wurde der Haushalt des Kultusministers in der Form der Beschlußempfehlung (Drs. 11/4705).*

**Beatrix Philipp** (CDU) stellte die Frage, ob Ministerpräsident und Kultusminister angesichts des derzeitigen Zustands von Schule in NRW mit der Bildungspolitik wirklich zufrieden sein könnten: Die Universitäten klagten über den Bildungsstand; Gewalt,



Die Aufgaben der Hochschulen und die soziale Lage der Studenten: v. l. Mantred Kuhmichel (CDU), Rudolf Apostel (SPD), Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.), Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) und Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD).  
Fotos: Schüler

gen die von der CDU beantragte globale Minderausgabe von 5 Millionen Mark angeblich nicht möglich gewesen sei, jetzt aber „drei Wochen vor Ultimo“ auf einmal 40 Millionen eingespart werden können. Wenn dem grünen Antrag von Umweltabgaben gefolgt würde, dann kämen auf die Landwirtschaft 155 Millionen Mark Mehrausgaben durch Stickstoff- und Pflanzenschutzmittelabgaben und wegen der angeblichen Massentierhaltung zu. So etwas finde „Gottseidank“ bei keiner anderen Fraktion Zustimmung.

**Horst Steinkühler** (SPD) zeigte sich erfreut, daß es trotz der angespannten Finanzlage gelungen sei, die Mittel bei der Dorferneuerung, dem Naturschutz und der Landschaftspflege auf dem hohen Niveau des Vorjahres zu halten. Für ebenso richtig halte man die 40,5 Millionen Mark für ökologische, forstwirtschaftliche Maßnahmen im Privat- und Körperschaftswald. Eine reine Pflichtübung sei der CDU-Antrag zur Kürzung der Öffentlichkeitsarbeitsmittel. Interessant sei der Antrag, für den Ankauf von Naturschutzflächen mehr Geld bereitzustellen, darüber hätte man debattieren können, wenn der Antrag rechtzeitig vorgelegt worden wäre.

**Friedel Meyer** (F.D.P.) regte an, die Verwaltungskosten zu reduzieren, die Förderung von Landesgartenschauen neu zu regeln und die Zuschüsse für das Kleingartenwesen zu überdenken, hier handele es sich um ein Hobby, für das jeder allein aufzukommen habe. Im Sinne von Einsparungen habe die

Höfesterben: „Tag für Tag werden in NRW sieben Bauernhöfe geschlossen.“ Da sei es den Bauern nur schwer zu vermitteln, daß sie vor allem von den Kürzungen im Haushalt betroffen seien, bei den Fördermaßnahmen gebe es einen Rückgang um 42 Prozent. Die genannte Zahl von 155 Millionen Mark Mehrbelastung durch Schadstoffabgaben sei falsch, betonte Martsch.

**Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen** (SPD) plädierte für Vorsicht bei der Umsetzung der europäischen Agrarreform: Die Landesregierung halte hier vieles für falsch. Der Unmut vieler Landwirte rühre sicher auch daher, daß sie immer mehr zu „Schreibwirten“ würden, die sich immer intensiveren Kontrollen, bis hin zu Satellitenaufnahmen, unterziehen müßten. Viele junge Landwirte seien über ihre Zukunftsperspektive unsicher, das sei ein unüberhörbares Alarmzeichen. Zu den Struktur-schwierigkeiten dürfe jetzt nicht noch eine Fehlentwicklung kommen — mit allen Konsequenzen für die Höfe und die landwirtschaftlichen Einkommen, aber auch für die ländlichen Räume. Der Minister lehnte nachdrücklich eine Streichung der Mittel für die Kleingartenförderung ab. Was die Lage der Landwirtschaft im Lande angehe, so sei man ein bißchen stolz darauf, daß das Land in Sachen Einkommenszuwachs inzwischen an erster Stelle stehe, das sei Ergebnis einer „vernünftigen, kalkulierbaren Politik, die auch im Bereich der Landwirtschaft stets den Ausgleich zwischen ökologischen Erfordernissen und ökonomischen Notwendigkeiten gesucht und gefunden hat“.

Drogen und Egoismus nähmen zu. Trotz eindeutiger Warnungen weigerten sich die Regierenden, der sich abzeichnenden Entwicklung gegenzusteuern. An drei Beispielen illustrierte sie ihre These, „linke Lehrer produzieren rechte Schüler“, und hob dabei auf die fehlende Vermittlung positiver Werte und Orientierungsmöglichkeiten ab. Die SPD solle darum nicht länger die Schulstrukturdebatte verweigern und nicht länger auf immer größere Einheiten wie die Gesamtschule setzen, forderte sie.

**Dr. Manfred Dammeyer** (SPD) wies die Aussage zurück, die SPD benachteilige die Sonderschule, die tue nicht genug für die Integration von behinderten und nichtbehinderten Schülern im Unterricht. Es sei eine „infame Verdrehung der realen Verhältnisse“, wenn jetzt, nachdem man vor Jahren breit und ausführlich über die Politikrichtlinien für den Unterricht gesprochen habe, behauptet werde, linke Lehrer schüfen rechte Schüler: „Wollen Sie damit sagen, daß man autoritär erziehen muß, um antiautoritäres Verhalten hinzukriegen?“ Hier zeige sich das klassische Mißverständnis der Konservativen gegenüber einer Erziehung zum wahren Menschentum, befand Dammeyer und qualifizierte die CDU-Anträge zur Abschaffung von Laborschule Bielefeld und Soester Landesinstitut als „Dokument der Zerstörungswut“.

**Andreas Reichel** (F.D.P.) sprach die zentrale Aufgabe der Schule an, „jungen Menschen zu vermitteln, daß man Konflikte nicht mit Gewalt löst“. Auch er habe Zweifel, ob

Schule dies in ihrem gegenwärtigen Zustand zu leisten vermag. Anstelle der nicht vorhandenen Bildungspolitik gebe es im Lande nur eine Mängelverwaltung, weil offenbar der Finanzminister das Ruder übernommen habe. Die Zahl der Lehrer bleibe in den nächsten Jahren gleich, während die Klassen immer größer würden. Die Landesregierung reagiere darauf mit weniger intensiver Betreuung der Schüler: „So wie die Politik der Landesregierung angelegt ist, werden wir zukünftig nicht mehr und bessere Erziehung, sondern weniger und schlechtere Erziehung an unseren Schulen leisten können.“ Was die SPD mit der Hauptschule mache, sei „Liquidation einer Schulform mit Verfassungsrang“, deren Schülerschaft schwieriger sei als jede andere. Seine Fraktion fordere Mehrausgaben und Vorrang für Bildungsinvestitionen.

**Brigitte Schumann** (DIE GRÜNEN) meinte, die „Brandrede“ ihrer Vorrednerin sei nicht dazu angetan, irgendein Problem einer Lösung näherzubringen: „Sie haben im Grunde alle Vorurteile der Stammtische hier wieder bestätigt.“ Niemand könne es im Ernst emanzipatorischen Lernprozessen anlasten, wenn jetzt „eine nationalistisch-rassistische Gesinnung in die Schulen schwappt“. Daß Rassismen hoffähig geworden seien, dafür habe die CDU/CSU-F.D.P.-Bundesregierung gesorgt. Emanzipation und politische Aufklärung dürfe man nun nicht „auf den Misthaufen der Geschichte schmeißen“. Kinder brauchten Handlungsalternativen, um wegzukommen von aggressiver Selbstbehauptung und Abwehr von Fremden; aber dazu fehlte an den Schulen oft die Zeit.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) hielt nichts davon, „mit billigen, einfachen und leicht mißverständlichen Schuldzuweisungen den gegenwärtigen Zustand zu beschreiben“. Immer wieder werde von der CDU die Katastrophe für das nächste Schuljahr angekündigt, und wenn sie dann nicht eintrete, werde sie für das folgende Jahr angesagt. Von dem Kultusetat in Höhe von 13,9 Milliarden Mark gingen nicht weniger als zwölf Milliarden für Schule drauf, betonte er. Mit „Kreativität und Einfallsreichtum“ würden Verschiebungen im Personalhaushalt vorgenommen, ohne den Stellenplan wesentlich ausweiten zu können. Niemand dürfe vergessen, daß bei Sicherstellungen und Verbesserungen des Standards Lehrer für Hauptschulen, Sonderschulen und Berufsschulen in den letzten Jahren eingestellt worden seien. Er persönlich könne sich einen schöneren Schuletat vorstellen, „aber ich weiß, daß dieses das Erreichbare ist, und damit können wir im kommenden Jahr auch leben“.

**Brigitte Schumann** (DIE GRÜNEN) erläuterte in einem zweiten Beitrag die Haltung ihrer Fraktion zur integrativen Erziehung. Die 85 zusätzlichen Stellen lehne man ab und beantrage für dieses Ziel 800 neue Lehrer, um die gemeinsame Unterrichtung von behinderten und nichtbehinderten Kindern auch in der gesamten Sekundarstufe I sicherzustellen und nicht nur an jenen ausgewählten fünf Gesamtschulen. Sonst stießen Ende des Schuljahres Hunderte von Kindern plötzlich ans Ende der Integration. Das sei nicht nur für die behinderten, sondern auch für die nichtbehinderten Kinder schlimm, denn integrative pädagogische

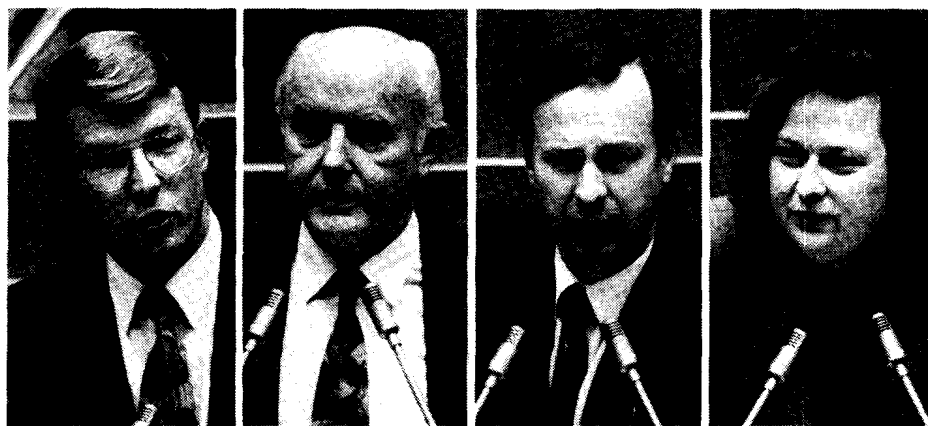
Förderung stärke Selbstwertgefühl, Autonomie, Eigenverantwortlichkeit und Sozialkompetenz: „Denn diese Kinder akzeptieren im gemeinsamen Lernen Unterschiedlichkeit.“

## Kultur

**Professor Dr. Renate Möhrmann** (CDU) stellte fest, auch und gerade in Zeiten von Wirtschaftskrisen sei Kultur „der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält — heute mehr denn je“. Ohne kulturelle Kompetenz ließen sich die Probleme langfristig nicht lösen. Daß Kulturausgaben Pflichtaufgaben seien, sei ein „schönes, leeres Lippenbekenntnis“ im Grundsatzprogramm der Landesregierung. Kultursubventionen seien Investitionen, dieser Einsicht verschließen

gestellt würden und nicht dem Filmfestival in Köln. In Sachen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz wolle man rasch zusätzliche Informationen. Dorn lobte die „angenehme“ Debatte im Kulturausschuß und dankte den Mitarbeitern der Abteilung Kultur im Kultusministerium für ihre bereitwillige und ständige Information auf Fragen der Parlamentarier.

**Brigitte Schumann** (DIE GRÜNEN) unterstrich die Bedeutung der „Kultur von unten“ und bemängelte, daß immer noch viel Geld für den Kultur- und Medienrummel „für da oben“ ausgegeben werde, etwa für das von der Staatskanzlei veranstaltete Medienforum oder für Kulturrepräsentation à la Leipzig. Andererseits sei es gut, daß Aufführungen des Mülheimer Roma-Theaters „Prälipe“ finanziert würden. Sie setzte sich für eine Verbesserung der Jugendkulturarbeit



Für Verlässlichkeit und Berechenbarkeit kommunaler Haushalte: v. l. Franz-Josef Britz (CDU), Reinhard Wilm-busse (SPD), Michael Ruppert (F.D.P.) und Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN).  
Fotos: Schüler

sich aber die SPD, sie schmettere „taub und blind“ entsprechende Anträge der CDU ab, „das Fallbeil der Macht funktioniert reibungslos“. Das frustriere zwar, beraube aber die Parlamentarier ihrer Handlungsmöglichkeiten und entwerte ihre Arbeit. Alle Jahre wiederhole sich dieses „aufwendige, zeitverschwendende, enervierende, völlig nutzlose und dazu so kostenaufwendige Prozedere“.

**Dr. Eugen Gerritz** (SPD) würdigte den soeben unterzeichneten Staatsvertrag der Landesregierung mit den Repräsentanten der Juden in NRW: Das passe in die politische Situation, allerdings sei zu überlegen, ob nicht die Möglichkeit bestehe, bereits für den Haushalt 1994 Mittel einzusetzen. Er verteidigte den höheren Anteil des Landes für die Kulturstiftung der Länder mit dem Hinweis, daß die neuen Bundesländer derzeit nicht in der Lage seien, ihren anteiligen Betrag zu zahlen. Der Kulturetat sei seines Wissens der einzige Haushalt, der keine Kürzung, sondern eine mäßige Erhöhung erfahre. Im Kulturausschuß gebe es große Übereinstimmungen; die Haushaltsberatungen verliefen hier außerordentlich konstruktiv und fair, lobte Gerritz.

**Wolfram Dorn** (F.D.P.) unterstrich die Zustimmung seiner Fraktion zur Erhöhung der Zuweisungen an die Musikschulen, obwohl diese vor allem eine kommunale Aufgabe seien und den höheren Anteil an der Kulturstiftung der Länder. Anders als die SPD hätte die F.D.P. es gern gesehen, wenn 100 000 Mark für die Ersteinrichtung der Lip-pischen Landesbibliothek in Detmold bereit-

ein und bedauerte, daß sich die Regierung so wenig für den ästhetischen Bildungsanspruch junger Menschen in und außerhalb von Schulen engagiere. Unter dieser Prämisse seien auch die Jugendmusikschulen keine kommunale, sondern eine Aufgabe des Landes.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) meinte unter Hinweis auf den Umstand, daß der Kulturetat des Landes um mehr als vier Millionen Mark im nächsten Jahr steige, das biete keinem Träger von Kultureinrichtungen den Vorwand für Kürzungen im Kulturbereich. Auch Schwier bedankte sich für die Zusammenarbeit im Kulturausschuß und versprach, den Dank in seinem Hause auszurichten.

**Leonhard Kuckart** (CDU) wies das Wort zurück, bei den Anträgen der CDU handle es sich um eine „Fleißarbeit“; es handle sich vielmehr um Kürzungsanträge, in denen verantwortungsbewußt mit dem Geld der Steuerzahler umgegangen werde. Die Bemerkung, die SPD habe die Anträge abgelehnt, weil sie zu spät gekommen seien, gebe Anlaß zur „Hoffnung“, denn inhaltlich seien sie somit nicht beanstandet worden.

## Sport

**Dr. Reiner Klimke** (CDU) erinnerte an die CDU-Initiative zur Änderung der Verfassung, um den Sport als Aufgabe von Land und Gemeinden darin aufzunehmen. Das

habe schließlich eine parteiübergreifende Sportkoalition zustande gebracht – „als gutes Beispiel dafür, daß Sachargumente siegen können“. Er stellte aber gleichzeitig „mit Ernüchterung“ fest, daß im Jahr des Ehrenamtes im Sport die SPD es abgelehnt habe, Verbesserungen bei der Förderung von Übungsleitern vorzunehmen und dem CDU-Antrag zu folgen, dafür die drei Millionen einzusetzen, die zur Vorbereitung der Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Spiele im Ruhrgebiet im Jahr 2004 vorgesehen sind. Er beklagte die Misere im Sportstättenbau und schlug vor, für die Sanierung vereinseigener Sportstätten auch Städtebauförderungsmittel zur Verfügung zu stellen, denn diese Stätten gehörten ebenso zur Infrastruktur einer Gemeinde wie Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser.

**Uwe Herder** (SPD) sah es als gut an, daß mit der Änderung der Landesverfassung ein grundsätzlicher gesellschaftlicher Handlungsauftrag ergangen sei, auf den verschiedenen Ebenen für den Sport tätig zu werden. Die Aussage seines Vorredners relativierte er mit der Bemerkung, daß im nächsten Jahr 20 Millionen Mark mehr für den Sportstättenbau ausgegeben würden als in diesem Jahr; die SPD habe die Mittel noch einmal um zwei Millionen aufgestockt. Damit würden die Möglichkeiten für Schul- und Breitensport verbessert. Auch er wünschte sich Mittel aus der Städtebauförderung, aber der Bund habe diese Mittel gekürzt – da könne man sich nicht hinstellen und einen neuen Fördertopf aufmachen wollen. Der Landessportplan habe eine Größe von 200 Millionen und damit zehn Prozent mehr als in den Vorjahren. Investitionen in den Sport seien gute Investitionen in die Zukunft des Landes.

**Michael Ruppert** (F.D.P.) sah Gefahr für die dritte Stunde im Schulsport, eine Kürzung hier sei eine unheilvolle Entwicklung angesichts einer bewegungsarmen Lebensumwelt. Der Vereinssport jedenfalls könne die Aufgabe des Schulsports nicht ersetzen, da gebe es nur eine gegenseitige Ergänzung. Auch Ruppert kritisierte die Mittel zur Olympiavorbereitung im Revier; es wäre ein „Akt der Solidarität“, diese Mittel zu streichen und damit die Unterstützung der

Bewerbung Berlins zu beweisen. Sonst könnte der Eindruck entstehen, daß man hierzulande „sehnsüchtig“ auf ein Scheitern der Bewerbung Berlins warte.

**Gerhard Mai** (DIE GRÜNEN) erwähnte die Ergebnisse der Studie „Sport und Freizeit“ der Universität Stuttgart, die belege, welch hohen Rang der Sport in der Bevölkerung habe. Dabei sei es nicht unbedingt der Sport im Verein, der besonders nachgefragt werde. Über diese Studie sollte im Sportausschuß ausführlich debattiert werden, „und wir plädieren dafür, daß wir diese Sportangebote ausweiten, nicht konsequent an die Vereine binden und daß wir dafür den Kommunen auch Mittel zur Verfügung stellen“. Auch auf Kosten der Vereine und Verbände sollten die freien Sportangebote ausgebaut werden, die die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger für wichtig hielten.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) meinte zum Schulsport, es passe nicht zusammen, für jede einzelne Schule Entscheidungsfreiheit zu fordern, in diesem einen Bereich dann aber nicht. Außerdem dürfe nur in der Sekundarstufe I die Stundenzahl von drei auf zwei Sportstunden in maximal zwei von sechs Jahrgängen gekürzt werden, „dagegen aber in vier Jahrgängen erweitert, auf vier Stunden erhöht werden“. Bei den Millionen für Olympia im Revier gehe es nicht um Reklame, sondern darum, „unser Land als Austragungsort für sportliche Spitzenereignisse bekanntzumachen“. Alles in allem sei der Spezialhaushalt für den Sport akzeptabel; er werde uns dem Verfassungsziel wieder ein Stückchen näherbringen, schloß Schwier.

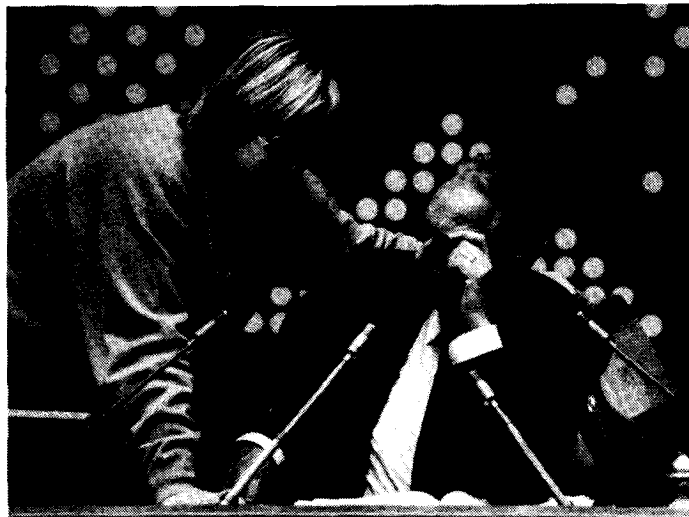
## Wissenschaft und Forschung

*Die Lage der Hochschulen, die soziale Situation der Studenten und die Möglichkeiten, die die Wissenschaftspolitik angesichts knapper Haushaltsmittel noch hat, standen im Mittelpunkt der Erörterung des Etats der Wissenschaftsministerin. Der Einzelplan 06 wurde mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und Grünen angenommen.*

**Manfred Kuhmichel** (CDU) meinte, Ministerium und Wissenschaftsausschuß hätten leider keinen Grund, ein Bergfest zu feiern und sich über erklommene Höhen zu freuen. Diese Feier finde nicht auf Bergeshöhen, sondern leider im tiefen Tal zahlreicher ungelöster Probleme und falscher Weichenstellungen in der Wissenschaftspolitik des Landes statt. Dies sei nicht das überzogene Krisengemälde eines berufsmäßigen Oppositionellen, sondern die in ein anschauliches Bild gebrachte Situationsbeschreibung aller am Hochschulleben in NRW beteiligten Gruppen und Zuständigkeiten. Kuhmichel erinnerte auch an die Rolle des Bundes. Er habe in der Vergangenheit weit über seine verfassungsmäßigen Zuständigkeiten hinaus durch Hochschulsonderprogramme und Bereitstellungen von Bundesmitteln für den Studentenwohnheimbau bereits erheblich zur Entlastung der Hochschulen und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses beigetragen. Selbstverständlich sei es mißlich, daß der Bund den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die Mittel für den Hochschulbau auf zwei Milliarden Mark zu erhöhen, nicht gefolgt sei. Völlig daneben lägen jedoch Landesregierung und SPD, wenn sie diese Entwicklung zum Anlaß nähmen, sich völlig aus der Verantwortung zu stellen.

**Rudolf Apostel** (SPD) sagte: „Unsere Hochschulen haben Probleme bei der Bewältigung ihrer Aufgaben.“ Es gebe streitige Vorstellungen darüber, ob der Staat seinen Hochschulen die erforderliche Unterstützung in Form von Geld und Stellen gebe. Auch in den Hochschulen herrschten unterschiedliche Vorstellungen über Pflichten und Nutzen sowie darüber, ob die Aufgaben der Hochschulen besser erfüllt werden sollten oder könnten. Apostel berichtete, 8,06 Milliarden Mark würden für Wissenschaft und Forschung im Jahre 1993 bereitgestellt. 59 123 Stellen stünden im Haushalt zur Verfügung. Zur sozialen Lage der Studenten merkte der Abgeordnete an, das sei ein Problemfeld, das von der SPD-Fraktion mit großer Sorge betrachtet werde. 922 Millionen Mark seien dafür im Haushalt veranschlagt. Die Studierenden und die Studentenwerke beklagten die Probleme im Zusammenhang mit bezahlbaren Wohnungen am Hoch-

Fortsetzung Seite 15



Blickpunkt Plenum: Im linken Bild SPD-Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedrich Farthmann (oben) im Gespräch mit den Grünen-Abgeordneten Bärbel Höhn, Fraktionssprecherin, und Roland Appel (v. r.). — Im rechten Bild die CDU-Abgeordneten Marlis Robels-Fröhlich und Dr. Hans-Ulrich Klose, der auch Vizepräsident des Landtags ist (v. l.).

Fotos: Schüler

schulort sowie die Probleme in den Mensen. Mit den jetzt beschlossenen 77,3 Millionen Mark Zuschuß für die Erfüllung ihrer Aufgaben ohne Investitionen seien die Studentenwerke in die Lage versetzt, ihre aufgelaufenen Defizite auszugleichen.

**Joachim Schultz-Tornau** (F.D.P.) erinnerte daran, man habe einen Haushalt, der insgesamt um etwas mehr als vier Prozent steige. „Wenn wir uns den immer noch bestehenden Anstieg der Gesamtstudentenzahlen anschauen — auch wenn die Anfängerzahl in diesem Jahr erstmals zurückgeht —, wenn wir die Inflationsrate betrachten, wenn wir darauf schauen, daß wir im Bereich der Geräteausstattung exponentiell wachsende Bedarfe haben, weil die technische Ausstattung von heute deutlich aufwendiger ist, als es in der Vergangenheit der Fall war, wenn man nur diese Randbedingungen nimmt, dann wissen wir doch, daß der Haushalt des nächsten Jahres keine Verbesserung, sondern tendenziell eher noch eine zusätzliche Verschlechterung der bestehenden Situation bedeuten wird“, erklärte der Abgeordnete. Er folgerte, wenn das Möllemann-Sonderprogramm auslaufe und man auf der Landesebene nicht für Ersatz Sorge, bedeute das, daß man dann in wichtigen Bereichen an den Hochschulen wirklich eine katastrophale Situation vorfinden werde.

**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN), Parlamentarischer Geschäftsführer, betonte: „Wir können dem Hochschulhaushalt ebenfalls nicht zustimmen — trotz der Einigkeit aller vier Fraktionen über den Wissenschaftshaushalt in vielen Einzelfragen. Wir können das zum einen schon deswegen nicht, weil er nicht ausreichend Mittel bereitstellt, um auch nur den dringenden Bedarf an den Hochschulen zu befriedigen, zum anderen aber auch deswegen nicht, weil der gegebene Mittelrahmen qualitativ nicht optimal ausgefüllt wird.“ Der Abgeordnete machte indessen deutlich, alle vier Fraktionen hätten sich darauf verständigt, den Drang zum Studium offensiv zu verteidigen und im Studium kein Privileg für wenige zu sehen, sondern ein Grundrecht. Wer A sage, müsse aber auch B sagen. Mit ihrem Haushalt mache die Wissenschaftsministerin letztlich Stückwerk zum Programm. Indem sie das eine Loch notdürftig zu stopfen versuche, reiße sie woanders ein neues auf.

**Wissenschaftsministerin Anke Brunn** (SPD) merkte an, der Haushalt sei vielleicht nicht das, was man als Optimum der eigenen Wünsche betrachten könne, aber es sei sehr viel im Vergleich zu dem, was dem Land angesichts der Steigerungsrate des Landeshaushalts von 3,5 Prozent und angesichts der finanziellen Schwierigkeiten, „vor denen wir alle stehen“, möglich sei. Deshalb gehe es darum, was die Hochschulen im kommenden Jahr mit ihren rund acht Milliarden Mark anfangen könnten. Das sei in manchen Bereichen trotz der entfallenden 100 Millionen Mark Strukturhilfemittel eine ganze Menge mehr, als es im Jahre 1992 gewesen sei. „Wir müssen lernen, daß wir mit unseren Mitteln so gut wie möglich wirtschaften. Denn finanziell zeichnet sich tendenziell keine Besserung, sondern bundesweit eher eine Verschlechterung ab, wenn man die aktuellen Debatten betrachtet.“ Die Ministerin verwies darauf, daß in einigen zentralen Bereichen tatsächlich neue Akzente gesetzt werden könnten. Sie nannte



Den schwedischen Generalkonsul in Nordrhein-Westfalen, Hans Georg Paffrath, hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe im Landtag verabschiedet. Der Generalkonsul tritt in den Ruhestand. Foto: Schüler

das „Aktionsprogramm Qualität der Lehre“, das auf 20,5 Millionen Mark aufgestockt werde. Ferner habe man zum ersten Mal einen Ansatz, um neue Berufungen zu stabilisieren. Neun Millionen seien veranschlagt. Deutlich habe man mit 15 Millionen Mark auch die Mittel für Forschung und Lehre erhöhen können. Die Ministerin verwies zudem darauf, sie wolle künftig in stärkerem und präziserem Umfang nach Erfolgskriterien Haushaltsmittel verteilen.

**Marianne Hürten** (DIE GRÜNEN) berichtete, 821 Stellen für Reinigungskräfte sollten gestrichen werden. Fremdreinigung sei angeblich billiger. Laut einer Protokollnotiz gehe sie davon aus, daß diese Privatisierungspläne auf das Konto der Wissenschaftsministerin gingen. In der Notiz würden Reinigungsdienst, Wäscherei, Küchen- und Hilfsbetriebe, das Zentrallabor und die Bewachung, die Orthopädischen Werkstätten und Pflegepersonal angesprochen. Die Hauptbetroffenen von diesen Privatisierungsplänen seien Frauen, die sowieso am unteren Ende der Lohnskala stünden. Die Berechnungen bezögen sich auf die Unikliniken des Landes. Frau Hürten forderte dringend dazu auf, diese unbegründeten, unsinnigen und unsozialen Privatisierungsvorhaben einzustellen.

**Wissenschaftsministerin Anke Brunn** (SPD) stellte richtig, was man tatsächlich untersucht habe, seien die Hochschulverwaltungen. In die Überprüfungen seien alle Beteiligten, Personalräte usw. einbezogen worden. Ein Untersuchungsinstitut habe die Untersuchung durchgeführt. Das Ergebnis werde dem Landtag zur Verfügung gestellt.

## Gemeindefinanzierung

Das Gemeindefinanzierungsgesetz 1993 wurde gegen CDU, F.D.P. und Grüne mit den Stimmen der SPD-Mehrheit angenommen.

**Franz-Josef Britz** (CDU) zitierte ausführlich aus der Begründung des Gesetzentwurfs, in

der der Anspruch der Kommunen auf angemessene finanzielle Ausstattung nicht vorkomme. Die CDU fordere die Finanzausstattung ein und erwarte einen festen Prozentsatz der Verbundsteuern als Anteil der Kommunen. Sie schlage die weitere Umschichtung der Zweckzuweisungen zu den allgemeinen Zuweisungen vor. Die Kommunen bräuchten verlässliche Finanzen.

**Reinhard Wilbusse** (SPD) rechnete vor, die Zuweisungen im Steuerverbund stiegen 1993 um 4,6 Prozent. Auch mit dem umstrittenen Verteilungsmodus bei der Investitionspauschale würden die Gebühren nicht entscheidend beeinflusst, deshalb seien erstmals Gebührensубventionen eingeführt worden, allerdings begrenzt auf fünf Millionen Mark in einem Jahr. Die Mittel für Schulbauten würden 1993 auf 400 gegenüber 260 in diesem Jahr erhöht. Damit solle die Hälfte der Kosten gedeckt und der Anstieg der Schülerzahl durch Zustrom von Aussiedlern berücksichtigt werden.

**Michael Ruppert** (F.D.P.) bemerkte in manchen kommunalen Etats Dinge, die nicht sein müßten, zum Beispiel die Erweiterung einer Unterführung für 6,5 Millionen Mark. Der Innenminister solle, anstatt den Kommunen zu drohen, bedenken, daß Ausgaben für Asylbewerber, Umweltschutz, Personal, ÖPNV nicht von ihnen selbst bestimmt würden. Auch durch die Kreisumlage würden viele Kommunen erdrückt. Mit der Projektgruppe Ausstattungsstandards sei der Finanzminister auf dem richtigen Wege. Privatisierungsanträge der F.D.P. würden leider immer abgelehnt. Verwaltung werde noch komplizierter gemacht.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) lehnte die Privatisierung kommunaler Leistungen entschieden ab, da sie Gruppen mit geringer Lobby benachteilige. Durch den Finanzausgleich 1995 kämen zusätzliche Belastungen auf die Kommunen zu. Bei der Umwandlung der Abwasser-Finanzierung in pauschale Förderung werde die Finanznot der Gemein-

den gegen den Umweltschutz ausgespielt. Bei der Gebührensубventionierung werde verändertes Verhalten beim Verbrauch kostbaren Wassers nicht bewirkt. Die Regelung müsse überdacht werden. Wenn schon Zuschüsse, müßten auch die richtigen Investitionen angestoßen werden.

**Hans-Peter Lindlar** (CDU) sagte zur Abwassergebühr, deren Höhe habe mit Ökologie nichts zu tun, denn die fixen Kosten für Investition und Betrieb seien vom Verbrauch unabhängig. Für den ländlichen Raum sei die neue Förderpraxis ein Bluff. Eine vierköpfige Familie müsse in Windeck jährlich 2000 Mark für Abwasser zahlen, andernorts nur 300 Mark. Die Zumutbarkeitsgrenze von 75 Prozent über dem Durchschnitt von 5,79 Mark sei ein richtiger Ansatz, aber nicht durchdacht. Lohmar bekomme 540 000 Mark Investitionspauschale und müsse allein 350 000 Mark an Planungskosten aufbringen. Die CDU fordere vier Änderungen: Die Investitionspauschale Abwasser müsse gebührenmindernd wirken; die Abwassergebühren müßten nach einheitlichen Kriterien kalkuliert werden; die Gebühren müßten landesweit in vertretbarer Spannweite bleiben; Gemeinden mit besonderen Problemen müsse mit zinslosen Darlehen geholfen werden. Das Ausweisen der Landesförderung im Gebührenbescheid mache diesen zur Wahlkampfpropaganda.

**Reinhard Wilbusse** (SPD) wies auf den Wegfall der Bonner Strukturhilfe hin. Das Land stelle dagegen weiterhin 300 Millionen Mark zur Verfügung.

## MP und Staatskanzlei

*Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung und Medienpolitik, aber auch die „neue Flüchtlingspolitik“ waren Schwerpunkte bei der Aussprache über den Einzelhaushalt des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei, der gemäß der Beschlußempfehlung des Hauptausschusses mehrheitlich angenommen wurde.*

**Ruth Hieronymi** (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, beklagte, daß wie in den Vorjahren die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit von Ministerpräsident und Staatskanzlei deutlich erhöht worden seien. Erhöht worden seien die Mittel für die Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes sowie die Durchführung von NRW-Festen. Nicht gekürzt worden sei der Ansatz für die Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung. Vielmehr sei er sogar erhöht worden. Nicht gekürzt worden seien natürlich auch die Lieblingsprojekte des Chefs der Staatskanzlei. Frau Hieronymi nannte das Medienforum und das Filmfestival in Köln. Sie sprach sich ferner dafür aus, statt Hunderte von Millionen „auch in unserem Landeshaushalt“ für Asylsuchende, die hier nicht politisches Asyl suchten, auszugeben, sollte man dieses Geld in eine wirksame Flüchtlingspolitik stecken.

**Jürgen Büssow** (SPD) sagte, der Haushalt des Ministerpräsidenten sei eigentlich ein „richtiger Minushaushalt“. Wenn man nämlich die Aufgabenfülle des Ministerpräsidenten, der Staatskanzlei und daran die bescheidene Steigerung dieses Haushalts sehe, sei es ein Minushaushalt. Zur Öffentlichkeitsarbeit möchte er eigentlich gar nicht mehr viel sagen, weil das natürlich zum Ritual der Opposition gehöre. Bayern gebe im Bereich des Landespresseamtes 1,6 Millionen Mark mehr aus. Auf Anträge der F.D.P. zur neuen Flüchtlingspolitik, zur Stiftung „Entwicklung und Frieden“ und zum Thema Dritte Welt verweisend, kritisierte Büssow das „krude Nein“ der F.D.P.-Fraktion im Hauptausschuß. „Denn eigentlich zeigen Sie doch damit eine gewisse Begrenztheit oder Unfähigkeit, das Engagement junger Leute für Themen der Dritten Welt, die sich für ein besseres Verständnis für die Lage in den Entwicklungsländern einsetzen, zu unterstützen durch uns, durch das Parlament“, hielt der Abgeordnete den Liberalen vor. Ausländerfeindlichkeit gebe es in diesen Gruppen bestimmt nicht.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) Fraktionsvorsitzender, entgegnete, die F.D.P. halte es für

sinnvoll, die Ansätze für die Hungernden in Jugoslawien zu erhöhen. Ferner halte er es für sinnvoll, in der Entwicklungshilfe umzusteuern, mehr für den Cordon sanitaire an den Ostgrenzen zu tun. „Ich habe nicht gewußt, wie der Asylkompromiß, dem Sie ja jetzt zugestimmt haben, im einzelnen aussehen würde. Sie haben es mit Sicherheit nicht gewußt, ich wußte aber, in welche Richtung er lief. Daran halte ich fest. Es wäre entsprechend den Grundsätzen unserer Asylpolitik, die wir gemeinsam vereinbart haben, sehr sinnvoll, hierauf auch Entwicklungsansätze des Landes auszurichten.“

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) sagte unter Hinweis auf Massenvergewaltigungen von Frauen in Bosnien-Herzegowina, das alles sei einige Tage vor der Hauptausschußsitzung bekanntgeworden. Die Grünen hätten spontan einen Antrag auf Mittel in Höhe von 1,5 Millionen gestellt und in den Hauptausschuß eingebracht. Der Hauptausschuß habe dem einstimmig zugestimmt. Das zeige, daß dieser Landtag, das Parlament, flexibel und unbürokratisch reagiert habe. „Dafür bedanke ich mich bei Ihnen.“ Die Staatskanzlei habe sofort engagiert begonnen, diesen Auftrag des Parlaments umzusetzen: „Der Staatskanzlei hierfür vielen Dank!“ Zur „neuen Flüchtlingspolitik“ meinte Frau Höhn, die Grünen hielten viele Ansätze gerade auch der Entwicklungszusammenarbeit des Landes für gut. Man halte aber auch einige Ansätze für falsch von der Struktur her. Entschieden habe man sich gegen die neue Flüchtlingspolitik ausgesprochen, wie sie denn in Mazedonien mit Sinti und Roma durchgeführt werde. Man solle sich nicht der Illusion hingeben, daß die Menschen dadurch, daß man ihnen dort unten helfe, auch dort bleiben würden.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) erklärte, man solle sich ansehen, daß die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit beim Bund 1992 um 22 Prozent gestiegen seien, „während wir die Mittel nicht erhöht haben“. Rau wies darauf hin, man gebe für Öffentlichkeitsarbeit  
Fortsetzung Seite 17



Der FC Landtag hat – wie in der letzten Ausgabe berichtet – bei einem Fußballturnier auf dem Sportplatz Opphof in Wuppertal-Elberfeld ein deutliches Zeichen gegen Ausländerfeindlichkeit gesetzt (Bild links). Spielpartner des FCL waren eine griechisch-jugoslawische Mannschaft sowie zwei türkische Mannschaften aus Wuppertal und Köln. Um das Signal gegen Haß und Gewalt für ein friedliches Zusammenleben von Ausländern und Deutschen zu verstärken, hatte sich auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (M.) eingefunden, der beim Turnier anstieß: rechts neben Rau die Abgeordneten Uwe Herder (SPD) als Mannschaftsführer des FCL sowie Heinz-Helmich van Schewick (CDU). – Zum fünften Mal fand das traditionelle Skat-Turnier um den Ernst-Wilczok-Pokal im Landtag statt (Bild rechts). Der diesjährige Turnier-Sieger kam aus Duisburg. Er nahm als Gast teil. Die beiden Organisatoren, die SPD-Abgeordneten Siegfried Jankowski (l.) und Helmut Hellwig (r.) konnten Peter Hottinger (M.), der 3 030 Punkte erreichte, den Wanderpokal überreichen. Zweiter Sieger war Helmut Hellwig, dritter Sieger der F.D.P.-Abgeordnete Michael Rupert. Bei dem Turnier kam ein Spendenbetrag von 1 350 Mark zusammen, der in diesem Jahr an Amnesty International übergeben wurde. Bilder: Keil/Schüler



lichkeitsarbeit in NRW pro Einwohner im Jahr 19 Pfennig aus, Niedersachsen 30, Bayern 37. „Damit können wir uns gut sehen lassen. Wir halten eine solche Öffentlichkeitsarbeit nicht nur für erlaubt, sondern auch für geboten.“ Zum Stichwort „neue Flüchtlingspolitik“ sagte der Regierungschef: „Wir haben das veranschlagt, was wir brauchen, nicht mehr und nicht weniger.“ Daß das Projekt in Skopje angenommen werde, und daß für die 40 000 Menschen, die in der Region lebten, inzwischen NRW-Dienstleistungen erbracht würden, finde er gut und richtig. Zur Medienpolitik merkte der Ministerpräsident an: „Wir sind in Nordrhein-Westfalen jetzt auf einem langen und mühsamen Weg, das Medienland Nr. 1 zu werden. Dazu hilft das Medienforum, dazu hilft die Filmstiftung.“

## Justizministerium

*Der Einzelplan 04 — Justizministerium — wurde mit den Stimmen der SPD gegen CDU, F.D.P. und Grüne in zweiter Lesung angenommen.*

**Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) sagte, der Justizhaushalt werde nicht hoch genug bewertet. Die Rechtspflege gehöre zum Kernbereich des Staates. Sie sei in Gefahr, ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen zu können. Gegen rechtsextremistische Gewalttaten, gegen organisierte Kriminalität könne die überlastete Strafrechtspflege nicht mit der ganzen Härte vorgehen. Für die offenen Grenzen im Osten müßten wir einen sehr hohen Preis bezahlen. Nicht nur mehr Polizei, sondern auch stärkere Gerichte seien nötig. NRW sei darauf nicht eingestellt, darüber seien sich Kenner der Szene einig. Die Stellenbesetzungssperre wachse sich zur Absurdität aus, wenn von Richtern schnelle Entscheidungen verlangt, Ausfälle aber zwölf Monate nicht besetzt würden. Auch in den Gefängnissen ticke eine gefährliche Zeitbombe. Auf die brutale Kriminalität der 40 Prozent ausländischer Häftlinge seien die Vollzugsbediensteten nicht vorbereitet.

**Marie-Luise Morawietz** (SPD) bestätigte, der Justizhaushalt sei in diesem Jahr besonders schlecht weggekommen. Die drei angenommenen Anträge seien dennoch wichtige Signale: Hilfe für die juristische Ausbildung in den baltischen Staaten, Weiterförderung der Bundesstelle für NS-Verfolgte in Köln und Absicherung von vier Beratungsstellen für Straffällige. Bei Anträgen für mehr Personal sei sie in der Fraktion gescheitert. Als Vorsitzende der Vollzugskommission erlebe sie Verschlechterungen hautnah mit. Den rund 8 000 Bediensteten in den 38 Gefängnissen gebühre großer Respekt. Im Justizbereich könne nicht länger auf Sparflamme gefahren werden, sie werde mit Forderungen nicht nachlassen.

**Heinz Lanfermann** (F.D.P.) ergänzte, die F.D.P. habe bei Kernaufgaben des Landes keine Sparvorschläge gemacht. Neben Bildung seien das die Bereiche Innen und Justiz. Bestimmte Aufgaben seien unabweisbar. Das Land habe schon beim ersten Asylkompromiß aus Sparsamkeit nicht alles getan, was Bonn zugesagt war. In einigen Justizvollzugsanstalten seien die Verhältnisse nicht mehr tragbar. Das Justizentlastungsgesetz müsse umgesetzt werden. Bei



*Eine Abordnung des Technischen Hilfswerks (THW) aus Wetter an der Ruhr hat Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt (Mitte vorne) im Landtag empfangen. An der Zusammenkunft nahm auch Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD, rechts neben Schmidt) teil.*  
Foto: Schüler

EDV-Einsatz gebe es Nachholbedarf. Defizite in der Einstellung zum Rechtsstaat hätten auch mit Bildung zu tun. Im Staatsbürger-Unterricht könne Rechtskunde wieder aufgegriffen werden.

**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN) hielt konsequentes Vorgehen gegen schwere Straftaten auch wegen der Zunahme von Neofaschismus für notwendig. Die Gesetze reichten aus, sie müßten nur angewandt werden. Die Rückfallquote von 80 Prozent im Jugendvollzug verlange neue Wege. Rechtsextremismus sei vielleicht für Täter-Opfer-Ausgleich geeignet. Im Vollzug seien die herkömmlichen Knasthierarchien durcheinander geraten. Untersuchungshaft werde wieder schnell verhängt. Durch Entkriminalisierung von Drogensucht müsse der Vollzug entlastet werden.

**Justizminister Dr. Rolf Krumsiek** (SPD) bedauerte, daß der Landtag zur späten Stunde auf Seminargröße geschrumpft sei. Justiz sei eine staatliche Dienstleistung, die auf hohem Niveau nicht zum Nulltarif zu haben sei. 475 Richter und Staatsanwälte aus NRW seien in den neuen Ländern. Das sei eine außerordentliche Kraftanstrengung, die mit 400 neuen Stellen auch honoriert worden sei. Über das Rechtspflege-Entlastungsgesetz zum jetzigen Zeitpunkt sei er sehr froh. Die Anhebung der Streitwertgrenze, höherer Strafrahmen und Kleine Strafkammer bedeuteten erhebliche Entlastungen. Bei den Asylverfahren solle der Bund eindeutige gesetzliche Vorschriften erlassen. Mehr Personal im Vollzug solle nicht erst bei Meuterei, Aufruhr oder Geiselnahmen bewilligt werden.

## Bundesangelegenheiten

*Der Landtag stimmte ohne Debatte dem Einzelplan 09 des Ministeriums für Bundesangelegenheiten einstimmig zu.*

## Finanzministerium

*Der Einzelplan 12 — Finanzministerium — und das Haushaltsgesetz 1993 (Drs. 11/4700) wurden mit den Stimmen der SPD gegen CDU, F.D.P. und Grüne, der Einzelplan 20 — Allgemeine Finanzverwaltung — mit den Stimmen von SPD und CDU angenommen. Änderungsanträge von Oppositionsfractionen wurden abgelehnt.*

**Karl Meulenbergh** (CDU) korrigierte Schuldzuweisungen für die Finanzmisere durch die SPD. Der tiefgreifende Strukturwandel seit 20 Jahren sei in anderen Bundesländern besser gemeistert worden. Nach der Wiedervereinigung seien durch gewaltige Nachfrage nach Westwaren die Steuereinnahmen gestiegen. NRW leiste sich viel Geld für ideologische Eskapaden und eine aufgeblähte Verwaltung. Die Zinslast bereite Sorgen. Gespart werde bei den Schulen und der inneren Sicherheit. Gekürzt werde bei Investitionen in die Zukunft. Die CDU greife äußerst seriös bei der Haushaltssanierung unter die Arme und schlage die Rückführung der Neuverschuldung um 1,75 Milliarden Mark vor. Dadurch könne der Ansatz für Zinsen um 100 Millionen gekürzt werden.

**Gisela Meyer-Schiffer** (SPD) hielt Streichungen bei der Öffentlichkeitsarbeit für Sparen am falschen Ende. Der Verkauf des Grundstücks Tannenstraße in Düsseldorf sei wegen des derzeitigen Verkehrswerts nicht vertretbar. Die von den Grünen geforderten zusätzlichen Planstellen für die Betriebsprüfung würden nicht zu den Mehreinnahmen in Milliardenhöhe führen. Nachwuchsförderung in der Finanzverwaltung sei wichtig, 62 Anwärter mehr als im Entwurf sehe die SPD vor. Verzicht auf Instandhaltung beim Staatshochbau mache Maßnahmen zur Energieeinsparung an Gebäuden sinnlos.

Fortsetzung Seite 18

## Bayerischer Landtag

### Mehr Rechte für den Petitionsausschuß

Das Recht auf Akteneinsicht für die Mitglieder des Petitionsausschusses wird in Bayern nun auch von der Mehrheitspartei CSU befürwortet. Bisher hatte die oppositionelle SPD vergeblich gefordert, Zeugen anhören und Akten einsehen zu dürfen. Das Recht auf Akteneinsicht soll in Verwaltungsvorschriften verankert werden. Bisher müssen Beamte der bayerischen Landratsämter bei Ortsterminen des Petitionsausschusses weder erscheinen noch irgendwelche Akten mitbringen. Die Auseinandersetzung mit der Bürokratie habe sich, so verlautete aus München, immer mehr zu einem „Leidensweg der Abgeordneten“ entwickelt.

### Garantiestrecke

Nach Mitteilung der Deutschen Bundesbahn — Bundesbahndirektion Essen — seien bisher keine Überlegungen zur Stilllegung der Bundesbahnstrecke Dortmund — Coesfeld angestellt worden. Das teilt das Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Wolfram Kuschke mit. Die DB verweise vielmehr auf die mit dem Land Nordrhein-Westfalen abgeschlossene ÖPNV-Rahmenvereinbarung vom 13. Juni 1988. Hiernach sei die Strecke Dortmund — Lünen — Coesfeld den Garantiestrecken zugeordnet. Der Schienenpersonennahverkehr auf dieser Strecke sei nicht gefährdet. In Umsetzung der ÖPNV-Rahmenvereinbarung seien attraktivitätssteigernde Maßnahmen mit dem Ziel einer Nachfragesteigerung vorgesehen, heißt es in der Antwort abschließend (Drs. 11/4826).

### Kein Schnellausbau

Der Schnellausbau der Bundesbahnstrecke Soest — Paderborn bei einjähriger Vollsperrung dieses Abschnitts werde im Fahrplanjahr 1993/94 nicht durchgeführt, sondern auf unbestimmte Zeit verschoben. Das geht aus der Antwort des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr auf eine Kleine Anfrage der F.D.P.-Abgeordneten und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Marianne Thomann-Stahl hervor. Die Antwort bezieht sich auf eine Mitteilung der Bundesbahn. Aus diesem Grunde gebe es keine Umleitung der IR Linie 20. Die IR Züge würden weiter auf der Strecke Hamm — Soest — Lippstadt — Paderborn fahren (Drs. 11/4823).

### Zitat

„Sie hat eben nur auf den Busch geklopft!“ (Peter Bensmann [CDU], Vorsitzender des Unterausschusses Personal des Haushaltsausschusses, bei der zweiten Lesung der Einzelpläne 12 und 20 [Finanzen] zur Kritik am Haushaltsexperten der Grünen, Dr. Manfred Busch, in der Rede der SPD-Abgeordneten Gisela Meyer-Schiffer.)



Eine Abordnung des Regionalrates Nord-Pas de Calais in Frankreich hat auf Einladung der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscherpark Nordrhein-Westfalen besucht und ist im Landtag von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (3. v. r.) begrüßt worden. Die französische Delegation stand unter der Leitung von Umberto Battist (4. v. r.), Vize-Präsident des Regionalrates Nord-Pas de Calais, Bürgermeister der Stadt Jeumont und Abgeordneter der Pariser Nationalversammlung. Der Abordnung gehörten ferner Françoise Dal, Maryse Mispelaere, Pierre Darchicourt, Georges Dupont, André Parent, Régis Dufour-Lefort, René Vandierendonck, Henri Bailleul, Lionel Courdaveau, Yves D'Hau Decupere, Jean-Marie Erneccq, Marc Vanderpoorten, Frédéric Kucheida, Nicolas Menjaud und Brigitte Hüttner an. Im Bild rechts neben der Präsidentin der nordrhein-westfälische Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) sowie Landtagsdirektor Heinrich A. Große-Sender. Foto: Schüler

### Haushalt 1993...

Fortsetzung von Seite 17

Der Vorschlag, Landesanteile an der WestLB zu verkaufen, sei Blödsinn. Insgesamt sei das Parlament in der Konsolidierungspolitik weitergekommen.

Rudolf Wickel (F.D.P.) hielt die späte Stunde für ungünstig, da es nicht ausreiche, wenn nur die Mitglieder des Haushaltsausschusses wüßten, wie es um die Finanzen tatsächlich stehe. Wickel lobte den Finanzminister für gutes Haushalten. Das Verhalten der SPD-Mehrheit sei noch nicht dekungsgleich. Diese habe den Ernst der Lage noch nicht begriffen. Im Landtag folge fast niemand den Warnungen des Finanzministers. Die F.D.P. schlage Personaleinsparungen von 25, Subventionskürzungen von 132, Einsparungen bei Bau und Beschaffung von 442 Millionen Mark vor. Vorrang müßten Innen-, Justiz-, Kultur- und Wissenschaftsbereich haben. Ärgerlich sei der ganze Unsinn von Straßenrückbau, Straßenmöblierung angesichts der Probleme in den neuen Ländern. In der Schweiz habe eine Autofahrer-Protestpartei auf Anhieb sieben Prozent der Stimmen bekommen. Mobilität müsse sein, aber sie müsse bezahlbar bleiben. Der Finanzminister sei auf dem richtigen Weg. Den Einzelplan 20 müsse die F.D.P. jedoch ablehnen.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) erläuterte die Änderungsanträge seiner Fraktion. Der Bundesrechnungshof habe einen Einnahmeverlust von zehn Milliarden Mark wegen mangelhafter Betriebsprüfungen errechnet. Die Grünen seien für 500 zusätzliche Finanzanwärter. Das Bild der Landesregierung könne durch einen Blick auf die Kabinettsriege eher verbessert werden als

durch 40 Millionen Mark für Öffentlichkeitsarbeit. Ausnahmen bei Grundstücksverkäufen seien abenteuerlich. Eine schwarze Kasse für den Finanzminister hielten die Grünen für verfassungswidrig.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) hielt den Haushalt in der beratenden Fassung für verantwortlich: „Er ist eine solide Basis für 1993. Man muß ihm einfach zustimmen.“



Der Fraktionsvorstand der Grünen, Bärbel Höhn und Dr. Michael Vesper (v. l.), haben Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD, r.) einen Korb mit roten Tomaten und einem grünen Apfel überreicht. Die beiden Politiker reagierten damit auf einen launigen Einwurf des Umweltministers in einer Plenardebatte zum Titelblatt einer Grünen-Broschüre. Ihm sei die Symbolik klar, hatte Matthiesen gemutmaßt: In einem Meer knackiger roter Äpfel liege ein grünes unreifes Früchtchen. Foto: Schüler

## Verkehrsberuhigung muß vom Petitionsausschuß durchgesetzt werden

### Plötzlich gab der Kämmerer 25 000 Mark frei

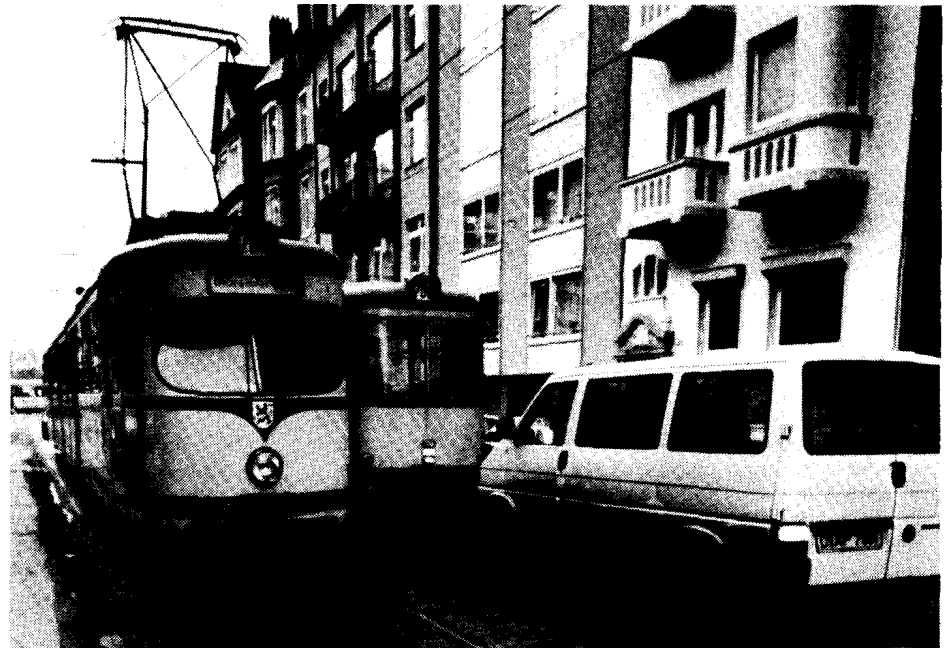
„Wir wissen nun keinen Rat mehr. Seit circa sechs Jahren stehen wir mit der Stadt in Verhandlung zwecks Verkehrsberuhigung auf der Straße. Die Straße ist ausgelegt mit einem Kopfsteinpflaster aus der Römerzeit. Auf der Straße befindet sich eine Schule, welche von 400 Kindern besucht wird, davon vier Klassen von Erst- und Zweitklässlern. Ein Freudenhaus steht neben der Schule sowie eine City-Sauna, welche nur von Homosexuellen besucht wird...“

In Verkehrsspitzenzeiten, so schrieb der Petent an den Landtagsausschuß, betrage der Lärmpegel 96 Dezibel. Pro Stunde führen etwa 450 PKW und LKW durch die Straße, zusätzlich zwei Bus- und Straßenbahnlinien.

„Der Lärm hat mit Ruhestörung schon nichts mehr zu tun, sondern grenzt an Körperverletzung“, meinte der empörte Schreiber. Ein anderer Anwohner stellte sich namens der Mitbewohner hinter ihn, als er nach Durchsicht der Akte den Eindruck gewann, daß der Petent von staatlichen Stellen nicht mehr ernst genommen werde. „Wo ist das Geld geblieben?“ fragte er unter Hinweis auf die Zusage des Stadtdirektors. Auf die Schilder Schule, Tempolimit 30 und Überholverbot reagiere der Individualverkehr fast gar nicht. Weiter heißt es in dem Schreiben: „Besonders von der Rheinbahn wird das Tempolimit überhaupt nicht beachtet.“ Mit einem Straßenbahnfahrer hatte sich der Wortführer der Lärmgeplagten bereits per Anzeige angelegt: „Der Straßenbahnfahrer klingelte wiederholt, um mich zu einer höheren Geschwindigkeit aufzufordern. Zur Einfahrt meiner Garage betätigte ich den Richtungsanzeiger, aber der Gegenverkehr hielt nicht an. Das Bimmeln ging weiter. Da stieg ich aus meinem Fahrzeug und ging zu dem Straßenbahnfahrer. Der öffnete das Fenster und sagte zu mir: ‚Du bist bekloppt‘. Ich würde schlafen, warum ich nicht schneller führe. Ich wies auf die Schule und das Tempolimit hin. Aber der Fahrer beleidigte mich wieder.“

Ordnungsgemäß hatte der Petitionsausschuß über die Präsidentin des Landtags eine Stellungnahme des zuständigen Verkehrsministeriums erbeten, bevor er die Sache zum Gegenstand eines Ortstermins

Anstelle des für Frühjahr 1991 zugesagten Umbaus einer verkehrsreichen innerstädtischen Pflasterstraße wurde den lärmgeplagten Anwohnern Anfang 1992 das Schraffieren des Straßenbahn-Gleisbereichs versprochen, um durch das Fahrverbot für LKWs und PKWs wenigstens eine Lärmquelle auszuschließen. Als jetzt auch diese Abhilfe dem Rotstift zum Opfer fallen sollte, wandte sich die Bürgerinitiative an den Petitionsausschuß. Der bereitete einen Anhörungstermin vor. Plötzlich gab der städtische Kämmerer 25000 Mark für die Schraffierung frei. Aber nun sagte der Verkehrs- und Planungsausschuß Nein.



Verkehrsberuhigung mehrmals versprochen, aber bis auf ein paar Schilder ist bis heute nichts geschehen: Da wandten sich die Anwohner an den Petitionsausschuß des Landtags. Foto: Schüler

machte. „In Vertretung des Stattssekretärs“ hatte das Ministerium festgestellt, daß sich der Petent schon seit mehreren Jahren beschwere. Die alte Pflasterstraße sei „nach Mitteilung des Oberstadtdirektors“ verkehrssicher. Jedoch ginge von ihr eine höhere Lärmbelastung aus als von einer Asphaltdecke. Den Anwohnern sei geraten worden, mit finanzieller Unterstützung der Stadt Lärmschutzfenster einzubauen. Ein Umbau sei nach 1994 geplant.

„Die Straße befindet sich in einem sehr schlechten Zustand und ist grunderneuerungsbedürftig“, hatte es jedoch bereits im Sommer 1991 beim Straßenbauamt gelau-

tet. Und: Im Schulwegeplan sei der Straßenabschnitt als „besonders gefährlich“ deklariert.

Beim Petitionsausschuß verstärkte sich der Eindruck, daß Verantwortliche zum Nachteil der Lärmgeplagten wirksame Abhilfe verzögerten, als zur Abwendung eines örtlichen Anhörungstermins plötzlich 25000 Mark für die Schraffierung des Gleisbereichs zugesagt wurden. Dann stoppte jedoch der städtische Verkehrsausschuß. Nun fragen sich die Ausschußmitglieder und die Mitarbeiter im Petitionsreferat, wie sie den Bürgern erklären sollen, daß immer noch nichts passiert.

Nach der Untersuchung des RP Düsseldorf ist ein Golfplatz „grundsätzlich unbedenklich, wenn er ... durch landschaftspflegerische und -gestalterische Maßnahmen mit naturnahen Landschaftselementen zu einer Bereicherung der Landschaft führt“. Im Leitfaden des RP Köln werden als Gründe für den „Golfboom“ der Aufstieg eines deutschen Spielers zur Weltspitze und die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit aufgeführt. Es stehe längere zusammenhängende Freizeit zur Verfügung, die Voraussetzung für ein Golfspiel von 3½ Stunden bei Tageslicht sei.

Scheiterten vor einiger Zeit viele Golfplatzvorhaben mangels großer zusammenhängender Flächen, so würden heute aufgrund der schwierigen Einkommenssituation der Landwirte reichlich landwirtschaftliche Flächen und Gebäude angeboten. Als möglichen Konflikt sieht das Regierungspräsidium Arnsberg, daß Golfplätze bevorzugt in land-

## Regional und ökologisch vertretbar

### Weitere 51 Golfplätze in NRW geplant

Orientierungsrahmen der Regierungspräsidenten (RP) Arnsberg, Düsseldorf und Köln für die regionalplanerischen Standortbeurteilungen von beabsichtigten Golfplätzen wurden vom Umweltminister kürzlich den Mitgliedern des Sportausschusses zugesandt (Vorlage 11/1757). Danach sind im Bereich des RP Düsseldorf insgesamt 42 Golfplätze vorhanden bzw. geplant. Die durchschnittliche Größe bei vorhandenen Anlagen läge bei 55 Hektar für die 18-Loch-Anlage und 26 für die 9-Loch-Anlage. Bei geplanten Anlagen sollen es 87 bzw. 36 Hektar sein. Im Regierungsbezirk Köln wurden keine Zahlen über vorhandene Golfplätze mitgeteilt und die Zahl der geplanten Anlagen mit 20 angegeben. Im Regierungsbezirk Arnsberg gibt es nach dem Bericht 14 Golfplätze, acht weitere sind geplant.

chaftlich attraktiven Gebieten, die zumeist auch der Naherholung großer Bevölkerungsteile dienen, und in der Nähe von Ballungsräumen angelegt würden. Durchschnittlich spielten 0,2 Prozent der Bevölkerung Golf, ein Anstieg auf 0,3 Prozent werde erwartet. Pro 18-Loch-Anlage werde mit 500

Mitgliedern gerechnet. Wolle man an einem Wochentag nach Feierabend noch Golf spielen, so könne nur eine begrenzte Anfahrtszeit von maximal einer Stunde in Kauf genommen werden. Ob eine geplante Anlage im Raum zu vertreten sei, lasse sich so errechnen.

## Rückblick 1992

### Föderalismus und Zukunft des Landes

*Der nordrhein-westfälische Landtag hat 1992 ein dem Jahre 1991 vergleichbares parlamentarischer Arbeitsprogramm bewältigt. Mit dem Haushaltsgesetz sowie dem Gemeindefinanzierungsgesetz 1993 wurden wie im Vorjahr 16 Gesetze verabschiedet. Zur Beratung hatten dem Parlament insgesamt 44 Gesetzentwürfe der vier im Landtag vertretenen Fraktionen sowie der Landesregierung vorgelegen. 151 Anträge wurden bis Anfang Dezember behandelt. Das waren vier mehr als im Jahr 1991. Die Zahl der Entschließungsanträge, mit denen sich der Landtag im Jahreszeitraum befaßte, war mit 61 wiederum mit der Zahl der beratenen Entschließungsanträge des Vorjahres identisch. Das Dokumentationsreferat des Landtags hielt ferner für das laufende Jahr bis Dezember 58 Änderungsanträge fest, zwei mehr als 1991. Ergibt sich bis hierhin ein in etwa identisches Bild für die Vergleichszeiträume, so zeigt die Kurve der Kleinen Anfragen nach Jahren der Steigerung erstmalig fallende Tendenz. 1991 belief sich ihre Zahl bis zum 1. Dezember auf 706. In diesem Jahr wurden nur 588 gezählt. Darüber hinaus stellten Abgeordnete 124 Mündliche Anfragen. Insgesamt fanden 33 Plenarsitzungen statt. Der Bogen der Themen spannte sich von Zukunftsperspektiven für die Bonner Region, Stärkung des Föderalismus vor allem nach den Beratungen des Europäischen Rates in Maastricht, Industriestandort Nordrhein-Westfalen, Schulreform, über die Medien- und Finanzpolitik bis hin zur Asylproblematik und drängenden Sorgen im Zusammenhang mit dem Anwachsen von Gewalt und Rechtsradikalismus.*

#### 9. Januar

Vor der Wegwerfgesellschaft und der Gefahr, in Abfall und Müll zu ersticken, warnte die Landesregierung bei der dritten Lesung der Novelle zum Landesabfallgesetz. Die Gesetzesänderung wurde gegen die Stimmen der drei Oppositionsfraktionen verabschiedet.

#### 16. Januar

Der Hauptausschuß des Landtags faßte eine Resolution mit dem Ziel, Zukunftsperspektiven für Bonn und seine Region zu sichern.

#### 21. Januar

Vor 45 Jahren auf den Tag gliederte sich das Land Lippe dem jungen Land Nordrhein-Westfalen an. Der damalige Ministerpräsident Dr. Rudolf Amelunxen teilte die Eingliederung bei der 4. Vollversammlung des neuen Landtages Nordrhein-Westfalen in den Düsseldorfer Henkel-Werken mit.

#### 23. Januar

Alle Fraktionen bemühten sich in einer Aktuellen Stunde zu den Auswirkungen der Tarifabschlüsse auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im Land und den Landeshaushalt um die Einhaltung der Autonomie der Tarifparteien.

#### 24. Januar

Für eine Stärkung des Föderalismus und der Länderparlamente im Rahmen einer Verfassungsreform sprach sich der Landtag auf Antrag der SPD mehrheitlich aus. Die Zustimmung des gesamten Parlaments gipfelte in direkter Abstimmung in einem Antragsteil, in dem die anderen Länderparlamente aufgefordert wurden, eine Bundesverfassungsreform-Kommission aus Mitgliedern der Landesparlamente zu bestellen.

#### 12. Februar

Von der in zwanzig Jahren gewachsenen, lebhaften Alternativ-Kulturszene in Nordrhein-Westfalen berichteten rund dreißig Sprecher von alternativen Kultureinrichtungen bei einem Hearing zur Soziokultur.

#### 12. Februar

Hinwendung zu mehr Demokratie muß auch Menschen zugute kommen, die ihre Rechte nur beschränkt wahrnehmen können. So lautete eine kritische Forderung bei einer Anhörung zur Ausgestaltung des Betreuungsgesetzes durch das Land Nordrhein-Westfalen. Im Mittelpunkt des Hearings stand die Frage nach den Möglichkeiten der Finanzierung von Betreuungsvereinen.

#### 13. Februar

Der Hauptausschuß tagte in der Landesanstalt für Rundfunk in Düsseldorf, die auf erfolgreiche Arbeit verwies. Lizenzen für 46 Verbreitungsgebiete des lokalen Rundfunks waren vergeben und die Lokalstationen finanzierten sich bis zu 90 Prozent aus Werbung.

#### 19. Februar

Eine Müllvermeidungskampagne seines Umweltministers Klaus Matthiesen (SPD) verteidigte Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) in einer Regierungserklärung. Diese erging zu den Konsequenzen aus zwei Urteilen des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofs. Die Opposition hielt ihren Vorwurf aufrecht, Millionen an Steuergeldern seien am Parlament vorbei für eine Antimüllkampagne bewilligt worden.

#### 20. Februar

Der Landtag debattierte über den ersten Klimabericht, der überhaupt von einer Landesregierung vorgelegt worden war. In Richtung EG und Bundesregierung gingen kritische Anmerkungen, Vorschläge der Bundestagsenquetekommission „Schutz der Erdatmosphäre“ nicht in Angriff genommen zu haben.

#### 21. Februar

Im Grundsatz waren sich die Fraktionen zum Ergebnis des Europäischen Rates in Maastricht am 9. und 10. Dezember des Vorjahres und seine möglicherweise negativen Auswirkungen auf den Föderalismus bis auf die eher positiv gestimmte CDU einig. Ein gemeinsamer Antrag kam indes nicht zustande.

#### 12. März

Nach langer schwerer Krankheit starb der ehemalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) nur wenige Wochen nach seinem 80. Geburtstag in der Nacht zum 12. März in Köln. Die Nachricht von seinem Tod löste im Landtag tiefe Trauer und Bestürzung aus. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebel erinnerte daran, Kühn habe von 1966 bis 1978 als „Landesvater“ an der Spitze des bevölkerungsreichsten Bundeslandes gestanden. Die Präsidentin würdigte Kühn als einen Mann, der Politik mit heißem Herzen und mit kühlem Verstand gemacht habe. Mit seiner glänzenden rhetorischen Begabung und mit seinem taktischen Geschick habe er Parlamentsgeschichte geschrieben.

#### 16. März

Bei einer Anhörung des Sportausschusses stellte sich heraus, daß Breitensportangebote auf ein wachsendes Interesse der Menschen im Lande stoßen.

#### 24. März

Der Landtag setzte einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß gemäß Artikel 41 der Landesverfassung ein, der den Auftrag bekam, unter anderem alle Sachverhalte und die Rolle des Finanzministers sowie anderer verantwortlich handelnder Personen im Zusammenhang mit dem Projekt „Neue Mitte Oberhausen“ aufzuklären. Vorsitzender wurde Bodo Hombach (SPD).

#### 26. März

Befürchtungen, das exportorientierte Land Nordrhein-Westfalen könne bei einer nicht zeitgemäßen Luftverkehrsinfrastruktur und dirigistischen Maßnahmen auf dem Flughafen Düsseldorf den Anschluß an die Welt verpassen, aber auch die Sorge um die Gesundheit der Flughafenanwohner kennzeichneten ein gemeinsames Hearing des Verkehrsausschusses, des Sportausschusses sowie des Ausschusses für Umwelt und Raumordnung.

#### 3. April

Der im Februar eingebrachte Nachtragshaushalt zur Umsetzung des Kienbaumgutachtens in der Schulorganisation, zur Beschleunigung von Asylverfahren und zur Deckung von sonstigem Bedarf wurde mehrheitlich in dritter Lesung verabschiedet.

#### 6. Mai

Zu einer heftigen Kontroverse über die Berechtigung des Arbeitskampfes im öffentlichen Dienst nutzten die Fraktionen eine Aktuelle Stunde. Thema: Industriestandort Deutschland gefährdet.

#### 7. Mai

Keine Einigkeit erzielten die Fraktionen des Landtags bei der Aussprache über eine Schulreform. CDU und F.D.P. vermißten ein Grundsatzanerkennungskonzept. Die Grünen argwöhnten, beide Fraktionen wollten die Abschaffung von Gesamt- und Kollegschule. SPD und Kultusminister äußerten die Vermutung, das Regierungslager solle wieder in die Krisendramatik hineinmanöviert werden.

**8. Mai**

Die Fraktionen waren sich weitgehend einig, daß in Nordrhein-Westfalen eine flächendeckende Versorgung mit Frauenhäusern erreicht werden müsse. Kontrovers wurde indessen über die Mindestmitarbeiterzahl beraten.

**15. Mai**

Der Ausschuß Mensch und Technik ging mit Experten der Frage nach schweren Arzneimittelstörwirkungen im menschlichen Organismus sowie arzneimittelbedingten Todesfällen nach. Die Landesregierung wurde um einen Bericht zur Einschätzung von Arzneimittelrisiken gebeten.

**21. Mai**

Der Hauptausschuß des Landtags hielt seine zweite Auswärtssitzung in diesem Jahr in der Landeszentrale für politische Bildung ab und informierte sich über deren Aufgaben vor allem im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung.

**23. Mai**

Sicherheitsfragen und den Stand der Technik in der Kohleförderung sowie Kohleverstromung erörterten die Grubenausschüsse Nordrhein-Westfalens und des Saarlandes bei gemeinsamer Sitzung in Saarbrücken.

**27. Mai**

700 000 Notfalleinsätze jährlich in der Bundesrepublik machen immer mehr Rettungsqualität erforderlich. Aber die Hilfsorganisationen drücken Sorgen. Sie fürchten um das ehrenamtliche Engagement. Das ergab eine Anhörung des Gesundheitsausschusses zum Entwurf des Gesetzes über den Rettungsdienst.

**3. Juni**

SPD und F.D.P. einigten sich im Plenum auf den Bonner Gruppenantrag zum Paragraphen 218. Schwangere Frauen sollten in den ersten drei Monaten selbst entscheiden, ob sie nach fachkundiger Beratung die Schwangerschaft austragen wollten. Ein CDU-Antrag, den Schutz des ungeborenen Lebens vorrangig zu werten, wurde ebenso abgelehnt wie der Grünen-Antrag auf bedingungslose Fristenlösung.

**4. Juni**

Wege und Möglichkeiten zur Lösung der Asyl- und Zuwanderungsproblematik erörterte das Parlament, ausgehend von unterschiedlichen Positionen. Die CDU forderte Änderung des Grundgesetzartikels 16. Die SPD verwies dagegen auf Möglichkeiten, Verfahren zu beschleunigen. Die F.D.P. unterstrich den verfassungsrechtlich verankerten Anspruch auf Asyl bei politischer Verfolgung. Die Grünen regten eine europäische Asylkonvention an.

**25. Juni**

Der öffentliche Personennahverkehr soll gleichermaßen wirtschaftlich und attraktiv sein, damit möglichst viele Bürgerinnen und Bürger vom eigenen Auto auf Busse und Bahnen umsteigen. So lautete das Credo zahlreicher Experten aus Kommunen und Verkehrsunternehmen, aus Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft bei einem Hearing des Verkehrsausschusses.

**1. Juli**

In einer Regierungserklärung zum Thema „Grundgesetz und Europa“ warnte Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) vor Europa-Müdigkeit. Auch der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linsen befürchtete einen gewissen Europa-Pessimismus. Alle Fraktionen waren sich über die Notwendigkeit eines künftigen Europas der Regionen einig.

**1. Juli**

Die Zahl der im nordrhein-westfälischen Landtag eingegangenen Petitionen hat sich als unverändert hoch erwiesen. Der stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses, Hans Rohe (SPD), teilte in seinem Halbjahresbericht mit, daß seit Beginn der Legislaturperiode fast 9000 Petitionen eingegangen seien.

---

**Weltkindertag**

---

**15. September**

Um die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion nicht nur in den Hauptstädten, sondern auch in der Provinz kennenzulernen, reiste eine Delegation des Hauptausschusses unter Leitung des Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) nach Rußland.

**16. September**

Zu Sparsamkeit auf allen Ebenen hat Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) bei der Einbringung des Haushaltsgesetzes 1993 aufgerufen. Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) bezeichnete die Aussichten für die Gemeindefinanzierung als „alles andere als rosig“.

**16. September**

In einer Regierungserklärung würdigte der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Herbert Schnoor (SPD) die Verdienste des zurückgetretenen Arbeits- und Sozialministers Hermann Heinemann (SPD). In der Debatte betonten Oppositionssprecher im Zusammenhang mit dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß die Pflicht zur Wahrheitsfindung.

**18. September**

In der Aussprache über die Landespolitik bei der ersten Lesung des Haushalts 1993 kritisierten die Finanzsprecher der Oppositionsfaktionen die zu hohe Neuverschuldung und falsche Aufgabenschwerpunkte.

**21. September**

Rund 250 Schülerinnen und Schüler aus fünf Städten des Landes begrüßte Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe aus Anlaß des Weltkindertages (20. September) im Landtag. Die Präsidentin setzte sich für Kindersprechstunden in möglichst jedem Rathaus ein.

**14. Oktober**

Die im Landtag vertretenen Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und GRÜNEN riefen bei der Aussprache nach einer Regierungserklärung zu entschiedenem Kampf mit demokratischen Mitteln gegen den wachsenden Rechtsradikalismus auf.

**15. Oktober**

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) kündigte in einer Regierungserklärung die Vorlage einer Novelle zu den Landeshochschulgesetzen an. Studienstoff und Prüfungselemente sollen gesetzlich festgelegt werden.

**16. Oktober**

Der Landtag beschäftigte sich mit zunehmender Gewalt und Gewaltdarstellungen in den elektronischen Medien. Die Auffassung wurde deutlich, in den Fachausschüssen verstärkt auf das Phänomen Gewalt eingehen zu müssen.

**11. November**

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) gab nach Genesung von schwerer Krankheit erstmalig wieder eine Regierungserklärung ab. Thema: Drei Jahre nach dem Fall der Mauer — Zur Lage des Landes und des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen.

**9. und 10. Dezember**

Der Landtag beriet in zweiter Lesung das Haushaltsgesetz 1993 sowie das „Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1993 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften“, wie es offiziell heißt. Bei der zweiten Lesung wurde im Detail zu den Einzelplänen Stellung genommen.

**16. Dezember**

Nach einer Generaldebatte sind das Haushaltsgesetz 1993, die Mittelfristige Finanzplanung von 1992 bis 1996 sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz 1993 in dritter Lesung verabschiedet worden.

**16. Dezember**

Bei einer Generaldebatte anläßlich der dritten Lesung des Haushalts 1993 haben sich Sprecher aller vier Fraktionen im Landtag mit Vehemenz gegen jeglichen Rechtsradikalismus und Ausländerhaß gewandt. Die CDU rief zu Zivilcourage auf. Von der SPD wurde auf den heilsamen Schock hingewiesen, den das Ausmaß der Straftaten inzwischen in der Bevölkerung ausgelöst habe. Auch die Grünen meinten, die Stimmung in der Bevölkerung sei nach dem Anschlag von Mölln „umgekippt“. Für die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols setzte sich die F.D.P. ein. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) meinte, beim Kampf gegen den Rechtsradikalismus sei jeder einzelne gefordert.

**18. Dezember**

Letzte Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der Licht in die Vorgänge um die Neue Mitte Oberhausen, die Förderung des Bochumer Entwicklungs- und Forschungszentrums für Mikrophonie sowie in die Vorgänge im Zusammenhang mit der Anzeigenkampagne zur Müllvermeidung bringen will.

## SPD-Fraktion

### Vertrauensmann der NPD ist als Richter nicht tragbar

Die SPD-Fraktion im Landtag hat kein Verständnis dafür, daß nach dem Urteil des Landesarbeitsgerichtes in Hamm ein NPD-Landeschef ehrenamtlicher Richter am Arbeitsgericht bleiben darf. „Wir unterstützen Minister Müntefering in dem Bemühen, den ehrenamtlichen Richter Peter Markert aus seinem Amt entfernen zu lassen“, erklärten Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedrich Farthmann und der Vorsitzende des arbeits- und sozialpolitischen Arbeitskreises,

Wolfram Kuschke, für die SPD im Landtag. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungs- und des Bundesverwaltungsgerichts dürfe die NPD als „eine Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung und -betätigung, als rechtsextrem, als Feindin und Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung“ bezeichnet werden. Markert sei nicht nur als NPD-Landesvorsitzender Repräsentant einer verfassungsfeindlichen Organisation, sondern auch als Verantwortlicher eines rechtsradikalen Flugblattes mit eindeutig ausländerfeindlichen Tendenzen in Erscheinung getreten. „Der Landtag hat sich heute für eine konsequente Verfolgung rechtsextremistischer Verfassungsfeinde ausgesprochen und sich gegen Fremdenhaß gewandt“, erklärten Farthmann und Kuschke. Demnach dürfe ehrenamtlicher Richter auch

nur sein, wer sich durch sein gesamtes Verhalten zur freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekenne und für dessen Erhaltung eintrete. Außerdem sei bei politischer Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus der Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten des Amtes ergäben. Diesen besonderen Verpflichtungen werde Markert nicht gerecht.

Markert habe gegen seine besonderen Verpflichtungen aus § 6 Landesrichtergesetz und § 183 Landesbeamtengesetz verstoßen. „Daher fehlen bei ihm die Voraussetzungen zum ehrenamtlichen Richter und er muß deshalb von seinem Amt entbunden werden“, lautet die Forderung der SPD-Landtagsfraktion.

## CDU-Fraktion

### Verantwortungsloses Vorgehen der Landesregierung bei REN

Als „verantwortungslos und energiepolitisch verhängnisvoll“ hat der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Laurenz Meyer, die mindestens halbjährige Aussetzung des REN-Programms — damit fördert das Land die rationelle Energieverwendung und die Nutzung unerschöpflicher Energiequellen — bezeichnet. Als Grund für den Stopp wurde die Flut von über 8000 Anträgen angegeben, die nun erst einmal abgearbeitet werden müßte. „Der Antragsstau bei den Behörden war seit langem

absehbar. Hier hätte man rechtzeitig Abhilfe schaffen müssen. Diese mindestens sechsmonatige Unterbrechung der Förderung kann zu einem Bruch in der Entwicklung und Nachfrage führen und gefährdet somit diesen jungen zukunftsträchtigen Industriezweig. Nach Informationen der CDU-Landtagsfraktion übersteigt die Zahl der bereits vorliegenden Anträge bei weitem das geplante Haushaltsvolumen für 1993 und 1994. Insofern ist auch die im Haushaltsentwurf für 1993 vorgesehene Aufstockung des Programms um 16 Millionen Mark nicht einmal ausreichend, um die bereits vorliegenden Anträge zu bedienen“, erklärte Meyer. Meyer forderte, daß die neuen Richtlinien für die Fortführung des REN-Programms sofort auf den Tisch zu legen seien, da eine derart lange Unterbrechung des Programms nicht

verantwortbar sei. Durch Personalumschichtungen im Bereich des Landesoberbergamtes müsse es gelingen, eine schnellere Bearbeitung der vorliegenden Anträge sicherzustellen. Darüber hinaus forderte Meyer die Landesregierung und die SPD auf, endlich einen Schwerpunkt für den Ausbau dieser zukunftsträchtigen Industrie in Nordrhein-Westfalen zu setzen.

Meyer wies darauf hin, daß das Landesoberbergamt mit Schreiben vom 5. November 1992 den Stopp des REN-Programms für den gleichen Tag bekanntgegeben hatte. Kurz darauf erklärte das Wirtschaftsministerium, daß der Stopp erst ab 5. Dezember 1992 eintreten werde. Meyer forderte deshalb alle interessierten Antragsteller auf, eventuell fertige Anträge noch umgehend einzureichen.

## F.D.P.-Fraktion

### Fortsetzung der Bürger-Kommission für einen schlanken Staat

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen soll nach dem Willen der F.D.P.-Landtagsfraktion in Fortsetzung der Bürger-Kommission der 10. Wahlperiode erneut eine Kommission des Landtags einsetzen, um Organisationsstruktur und Entscheidungsabläufe der staatlichen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen zu modernisieren.

Das Ziel dieser Kommission soll eine Perspektivplanung für einen schlankeren Staat sein zur Verbesserung seines Dienstleistungsangebotes und seiner kostengünstigen Erbringung.

Dieses Ziel ist nach Ansicht der F.D.P. zu erreichen durch konsequente Privatisierung öffentlicher Lei-

stungen, kritische Überprüfung staatlicher Aufgaben durch Deregulierung (Wegfall der Aufgaben) sowie Rationalisierung (effektivere Organisation) und nachhaltige Reduzierung von Ausstattungsstandards.

Des Weiteren hat die Kommission Organisation und Entscheidungsabläufe der staatlichen Verwaltung zu untersuchen unter den Gesichtspunkten

- Konzentration der politischen Führung auf weniger Ministerien und mehr politische Beratung von außen
- Wegfall von Hierarchieebenen in der Verwaltung (flache Hierarchien durch Stärkung der Arbeitsebenen, Abbau der Verwaltungs- und Koordinierungsebenen).

- Straffung des Behördenaufbaus. Einsparung von Instanzen: Konzentration der Mittelbehörden durch Einbeziehung oberster Landesbehörden und der Landschaftsverbände, Abbau von Doppelzuständigkeiten, Abbau zentraler Verteilungsbürokratien und Verlagerung von Zuständigkeiten auf die unteren Instanzen, systematische Dezentralisierung von Entscheidungszuständigkeiten.

- Entlastung spezieller Dienste (Lehrer, Professoren, Polizei u.ä.) von Verwaltungstätigkeiten und Konzentration auf die eigentlichen Aufgaben.

- Verlagerung von Aufgaben auf Dritte — Outsourcing.

- Reform des öffentlichen Dienstrechts. (Beamte nur für den hoheitlichen Bereich, Wegfall von Stellenkegeln, Dienstaltersstufen, Bezahlung nach Leistungskriterien)

- Rückführung des Landespersonalvertretungsrechts auf den wirklich relevanten individuellen Schutzbereich. Wiederherstellung der vollen Verantwortlichkeit des Dienstherrn für generelle Entscheidungen

- Effizienterer Personaleinsatz durch Verlängerung der Arbeitszeiten.

Nach Ansicht der F.D.P. ist es an der Zeit, unter dem Druck der Entwicklung der Staatsfinanzen und der strukturellen Wettbewerbsprobleme der deutschen Wirtschaft sich einer umfassenderen Aufgabenkritik und Personalüberprüfung zu unterziehen.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Hilfe für vergewaltigte Frauen in Bosnien-Herzegowina

Ein Antrag der Grünen, 1,5 Millionen Mark für die vergewaltigten Frauen in Bosnien-Herzegowina zu bewilligen, ist von allen Fraktionen sofort aufgegriffen und unterstützt worden, gegen alle sonstigen formalen parlamentarischen Gepflogenheiten. Auch die Staatskanzlei hat sofort und engagiert den Beschluß des Parlaments in die Praxis umgesetzt. Dafür hat sich die Fraktionssprecherin der Grünen, Bärbel Höhn, bei den anderen Fraktionen bedankt.

Bärbel Höhn hatte vorher Gespräche mit Minister Clement und Vertreterinnen der Frauengruppe Tresnjevka aus Zagreb geführt. Die Frauengruppe Tresnjevka, die sich seit Jahren in mehreren Projekten mit Gewalt gegen Frauen beschäftigt, hat mit der Dokumentation von Tausenden von Vergewaltigungsschicksalen die Weltöffentlichkeit auf diese Verbrechen aufmerksam gemacht. Damit hat sie eine der widerlichsten, brutalsten und grausamsten Seiten des Krieges aufgezeigt. Die Frauen werden nicht nur systematisch erniedrigt. Gleichzeitig wird auch versucht, die Ausrottung einer ganzen ethnischen Gruppe, der islamischen Bevölkerung, zu betreiben. Frauen werden bewußt geschwängert und gezwungen, die Kinder auszutragen, um „halbe Tschetniks“ in die Welt zu setzen. 13jährige Mädchen werden

zu Tode vergewaltigt. Das Elend ist unbeschreiblich.

Wenn diese Schicksale islamischer Frauen bekannt werden, droht zusätzlich noch der Ausschuß aus ihren Familien und die Zerstörung ihrer gesamten gesellschaftlichen Zusammenhänge. Die Selbstmordrate unter den betroffenen Frauen ist aus diesen Gründen auch extrem hoch.

Die Grünen halten es deshalb für notwendig, daß die Frauengruppen in die Projektdurchführung zur Hilfe der vergewaltigten Frauen entsprechend einbezogen werden. Diese Gruppen sind häufig die einzigen Ansprechpartnerinnen, zu denen die betroffenen Frauen Vertrauen haben.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## Pierre Bonnard in Kunstsammlung NRW

„Pierre Bonnard — Das Glück zu malen“ heißt eine Ausstellung in der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, der „Staatsgalerie“ des Landes, die am 23. Januar 1993 eröffnet wird und bis zum 12. April des nächsten Jahres dauert. Die Arbeit des französischen Malers Pierre Bonnard (1867 bis 1947) galt in besonderem Maße der flüchtigen Erscheinung der Wirklichkeit. Seine Landschaften, Intérieurs, Stilleben und Akt-darstellungen zeigen kompositorische Neuerungen, die die Bedeutung von Farbe und Raum in ihrem Verhältnis zum Gegenstand neu und eigenständig definieren. Die Kunstsammlung würdigt Bonnard mit einer Ausstellung von 55 bis 60 Gemälden und rund 30 Arbeiten auf Papier, der das Erbe des Impressionismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts neu formulierte.

## Plenarsitzungen 1993

Der Landtag tritt im Jahr 1993 zu folgenden Plenarsitzungen zusammen: Am 27., 28. und 29. Januar; am 10., 11. und 12. Februar; am 10., 11. und 12. März; am 24. und 25. März; am 5., 6. und 7. Mai; am 26., 27. und 28. Mai; am 23., 24. und 25. Juni; am 9. September; am 15., 16. und 17. September; am 6., 7. und 8. Oktober; am 10., 11. und 12. November; am 8., 9. und 10. Dezember; am 15. Dezember.

## Waldbauern

Der Waldbauernverband Nordrhein-Westfalen hat wie in den Vorjahren auch 1992 wieder dem Landtag drei Weihnachtsbäume gespendet. In einem „vorweihnachtlichen Gruß“ an Präsidentin und Abgeordnete weist der Vorsitzende des Verbandes, Philipp Prinz zu Salm-Horstmar, darauf hin, die Wirtschaft der Waldbauern leide noch immer an den Folgen der Sturmkatastrophe von 1990. Der Holzmarkt habe sich noch nicht wieder erholt. Große Sorge bereite auch der Absatz von Schwachholz. Der Prinz dankt den Abgeordneten abschließend für ihre Aufgeschlossenheit gegenüber der Forstwirtschaft und dem Privatwald in NRW.

### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe  
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,  
Postfach 101143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304 und 884 2545, bx: # 56801\*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tscholtsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

„Mehr Herz im Parlament“ und „Mehr Nachdenken über die Vorschläge der Opposition“ haben sich für Annemarie Schraps nach zweijähriger Abgeordnetentätigkeit als persönliche Grundbedürfnisse herauskristallisiert. Die rüde Art, wie die Landesregierung Anregungen der Opposition verwerfe, sei für sie nach langjähriger Ratstätigkeit in Krefeld ein „Kulturchock“ gewesen. Doch inzwischen habe sie auch gelernt, selbst „auszuteilen“. Dabei hat sie es nicht leicht. Als umweltpolitische Sprecherin ihrer Fraktion wurde die promovierte Geologin zur Fachkontrahentin von Umweltminister Klaus Matthiesen. Und allein gegen dessen Erfahrung, Rhetorik und Taktik anzukommen, ist für einen Parlamentsneuling ein harter Brocken.

Doch durchgebissen hat sich Annemarie Schraps in ihrem Leben schon häufig. 1936 in Oelsnitz/Vogtland geboren, erlebte sie in frühen Jahren „zwei Diktaturen“, wie sie selbst betont: Erst die Nazis, dann die Kommunisten. Der Vater wurde nach dem Weltkrieg nach Sibirien verschleppt, sie selbst floh 1954 aus der damaligen DDR nach West-Berlin. Ihre auch durch die christliche Erziehung hervorgerufene Sympathie zur CDU erlebte einen Höhepunkt, als nach dem Besuch von Konrad Adenauer 1955 in Moskau ihr Vater aus dem sibirischen Straflager in Workuta entlassen wurde.

Nach dem Geologiestudium in Braunschweig, der Geburt zweier Söhne und der Adoption einer Tochter begann 1969 die aktive Parteiarbeit bei der CDU. Aus beruflichen Gründen ihres Mannes war sie nach Krefeld gezogen und als „Mikätzchen“ bis zu ihrem Einzug in den Landtag Lehrerin im Angestelltenverhältnis. Neben ihrem Beruf machte sich die Neu-Krefelderin auf den Weg zu einer linearen Parteikarriere: Erst im Parteivorstand, später in Bezirksvertretung und Kreisvorstand, schließlich im Landesvorstand der nordrhein-westfälischen CDU. Im Stadtrat brachte sie es bis zur stellvertretenden Bürgermeisterin, in der Frauen-Union ist sie heute die stellvertretende Landesvorsitzende. 1978 gründete sie den Verein „Sport für betagte Bürger“, der heute, wie sie mit spürbarem Stolz erzählt, 1600 Mitglieder zählt.

Nach 20 Jahren aktiver und erfolgreicher Kommunalpolitik war der Einzug von Annemarie Schraps in den Landtag über die CDU-Landesreserveliste nur folgerichtig. Der „Wille zur politischen Gestaltung“, aber „natürlich auch der persönliche Ehrgeiz“ haben sie zur Kandidatur getrieben. Im Umweltausschuß gilt sie als äußerst gewissenhaft, penibel darauf bedacht, Anträge vor allem der Landesregierung genau studieren zu können. Initiative zeigt sie in erster Linie dann, wenn es um Bodenschutz geht; da kennt sie sich aufgrund ihres Studiums bestens aus und bringt unermüdlich Anträge ein. „Das ist mein größtes Hobby“, bekennt sie auch ohne Umschweife. Engagiert fordert sie für Nordrhein-Westfalen ein eigenes Bodenschutzgesetz, bisher vergeblich. „Das ist das Schicksal als Oppositionspartei“, meint sie schon etwas resigniert.



Dr. Annemarie Schraps (CDU)

Beim ihrer Meinung nach drängendsten Umweltproblem, der Abfallbeseitigung, liegt die CDU-Abgeordnete mit Umweltminister Matthiesen prinzipiell auf einer Linie. Da beklagt sie nur, daß der sich mit dem Neubau weiterer Müllverbrennungsanlagen vor Ort nicht wirksam genug durchsetzen könne. Der „Ankündigungsminister“, wie sie Matthiesen im Einklang mit ihren Fraktionskollegen gerne nennt, solle aber prinzipiell „nicht so viel reden“, sondern „mehr konkret tun“. Das gelte auch für den Abbau der Unmengen an Verordnungen im Umweltbereich. Da freut es die CDU-Abgeordnete, daß der SPD-Minister da „auch endlich etwas kapiert habe“. Doch er müsse nicht immer nur nach Bonn und Brüssel zeigen, sondern in Nordrhein-Westfalen selbst Veränderungen herbeiführen.

Die Grünen sieht die CDU-Umweltexpertin nicht als Verbündete an. Da gebe es zu viele „utopische Forderungen“ und im Parlamentsalltag zu häufig „unbewiesene Unterstellungen“. Ihrer eigenen Partei will sie ins Stammbuch schreiben, daß die wirtschaftlichen Probleme dieser Tage den Umweltschutz nicht in den Hintergrund drängen dürften. Sie gesteht zu, daß es da mit den Fachkollegen aus der Wirtschaft oder dem Verkehrsbereich schon einmal Meinungsunterschiede gebe. Als „Ja-Sagerin“ will sie auf keinen Fall gelten, auch nicht in der eigenen Partei.

Persönlich am Herzen liegt ihr eine verstärkte Umwelterziehung junger Menschen. Energisch fordert sie nach dem Vorbild von Baden-Württemberg auch für Nordrhein-Westfalen ein freiwilliges „ökologisches Jahr“. Außerhalb des Parlaments pflegt die Umweltafachfrau der CDU Verbindungen zu Verbraucherberatungsstellen und Umweltverbänden. Auch im Krefelder Stadtrat ist sie weiterhin aktiv. Mit ihren jetzigen Mandaten fühlt sie sich ausgefüllt, eine weitere Parteikarriere ist nicht geplant: „Wenn ich auch nach 1995 das bliebe, was ich heute bin, dann wäre ich zufrieden.“

Richard Hofer

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 22. 12. 1992 bis 19. 1. 1993

- 22. 12. **Horst-Dieter Vöge** (SPD), 45 J.
- 24. 12. **Hans Frey** (SPD), 43 J.
- 25. 12. **Heinz Wirtz** (SPD), 49 J.
- 28. 12. **Rüdiger Goldmann** (CDU), 51 J.
- 28. 12. **Karl van Hall** (CDU), 66 J.
- 28. 12. **Marita Rauterkus** (SPD), 50 J.
- 29. 12. **Bodo Champignon** (SPD), 51 J.
- 30. 12. **Klaus-Dieter Völker** (CDU), 55 J.
- 30. 12. **Walter Grevener** (SPD), 62 J.
- 31. 12. **Jürgen Schaufuß** (SPD), 52 J.

- 5. 1. **Roland Appel** (DIE GRÜNEN), 39 J.
- 6. 1. **Wolfgang Jaeger** (CDU), 58 J.
- 13. 1. **Leonhard Kuckart** (CDU), 61 J.
- 13. 1. **Robert Schumacher** (SPD), 57 J.
- 13. 1. **Anne Garbe** (SPD), 48 J.
- 13. 1. **Hans-Dieter Moritz** (SPD), 53 J.
- 14. 1. **Dr. Reiner Klimke** (CDU), 57 J.
- 16. 1. **Dr. h.c. Johannes Rau** (SPD), 62 J.
- 16. 1. **Georg Gregull** (CDU), 61 J.
- 17. 1. **Bernd Flessenkemper** (SPD), 43 J.
- 19. 1. **Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg** (CDU), 53 J.
- 19. 1. **Karl-Heinz Rusche** (SPD), 52 J.

★  
**Beate Scheffler** (DIE GRÜNEN) und **Heinz Hilgers** (SPD), kinder- und jugendpolitische Sprecherin bzw. Sprecher ihrer Fraktionen, haben in einem gemeinsamen Aufruf alle Abgeordneten um Spenden gebeten, um eine neue „Fluchtburg“ für Kinder und Jugendliche aus dem Untersuchungsgefängnis St. Petersburg gründen zu können. Der russische Deputierte Alexander Rodin hatte vor einiger Zeit im Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie des Landtages von den erschütternden Verhältnissen in jenem Untersuchungsgefängnis berichtet, in dem rund 700 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 13 und 18 Jahren eingesperrt sind. „Teilweise bis zu zwei Jahren ohne richterliche Anordnung, ohne daß die Kinder je einen Anwalt oder auch nur einen Familienangehörigen gesehen hätten, vegetieren sie in grausamsten Verhältnissen dahin“, heißt es in dem Aufruf. Um die Kinder aus dem Gefängnis herauszuholen, hat Alexander Rodin „Fluchtburgen“ aufgebaut, Häuser, in die sich obdachlose, elternlose oder aus dem Gefängnis entlassene Kinder und Jugendliche flüchten können. Die beiden Abgeordneten haben ein Spendenkonto beim Deutschen Kinderschutzbund eingerichtet: Kontonummer 102 725 0000 Sonderkonto St. Petersburg, Bankleitzahl 250 101 11 bei der BfG Bank AG, Filiale Hannover.

★  
**Dr. Rolf Kiefer**, ehemaliger beim Landtag Nordrhein-Westfalen akkreditierter Fernsehjournalist des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR), Studio Düsseldorf, und einer von drei Sprechern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bonn, wird neuer CDU-Sprecher und damit Mitarbeiter von CDU-Generalsekretär **Peter Hintze**. Kiefer, der im Adenauerhaus in Bonn die Nachfolge von **Claudia Conrad** antritt, hat auch für „Landtag intern“ in der Rubrik „Abgeordneten-Porträt“ geschrieben.

★  
**Hildegard Matthäus** (CDU) und **Jarka Pazziora-Merk** (SPD) sind in den Vorstand der Landesmusikakademie in Heek/Münsterland gewählt worden.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



**Weihnachten** hat sich zwischen Rhein und Weser wie in den Vorjahren schon frühzeitig angekündigt. Seit Wochen schmücken sich große und kleine Städte im Land mit Festbeleuchtung. Allerorten sind wiederum die Weihnachtsmärkte Anziehungspunkte; Business as usual, zürnen darüber die einen; die anderen schätzen einen guten Glühwein mit Schuß besonders in diesem weitgehend verregneten Dezember oder einen Schwatz beim Erbsensuppenstand. Den unmißverständlichen Hinweis auf die nahende Weihnachtszeit liefert auch der traditionelle Weihnachtsbaum. Für die Waldbauern heißt es im Dezember, kräftig anzupacken. Der Bedarf ist groß und das Sauerland der größte Lieferant hierzulande. Aber auch von weither kommen Bäume, stattliche dazu. Schon zum 13. Mal hat die norwegische Stadt Lillehammer eine prächtige, 15 Meter hohe Tanne in die Landeshauptstadt Düsseldorf geschickt, die auf dem Marktplatz neben dem Reiterdenkmal Jan Willems und vor dem Rathaus Aufstellung fand. Zur festlichen Übergabe hatte sich der norwegische Botschafter eingefunden. Nach offizieller Lesart steht die Tanne aus Lillehammer auch als Symbol für die wirtschaftliche Verbundenheit zwischen Düsseldorf, Nordrhein-Westfalen und Norwegen. Beim Außenhandel mit Norwegen nimmt Nordrhein-Westfalen die Spitzenposition unter den deutschen Bundesländern ein. Lillehammer ist übrigens Austragungsort der olympischen Winterspiele 1994.

Foto: Schüler